



Presseschau vom 26.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Obduktionen zu Butscha: Kein Massaker, keine Russen ...

Nun wurden also einige der Toten von Butscha obduziert. Aber das Ergebnis passt nicht zu der dramatischen Erzählung, die daraus gemacht wurde, und schon gar nicht zu den massiven Vorwürfen gegen die russische Armee. Kein Problem, man ignoriert tapfer alle Widersprüche.

...

<https://kurz.rt.com/2xpe> bzw. [hier](#)

Maren Müller: In den Fußstapfen der Brutkastenlüge? Tagesschau spannt Kinder für Propaganda ein

Die 12-jährige Ella durfte bei den Tagesthemen Putin wegen Missachtung der Kinderrechte anprangern. Laut Medienexpertise der Publikumskonferenz spannt die ARD damit ein Kind für Propagandazwecke in geopolitische Spielchen ein, obwohl nachweislich andere Verstöße gegen die Kinderrechte von Ella unerwähnt bleiben. ...

<https://kurz.rt.com/2xod> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:30 de.rt.com: Treffen zum Ukraine-Krieg auf US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein: 20 Länder haben bereits zugesagt

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat Minister und Militärs aus der ganzen Welt zu einer Konferenz zum Ukraine-Krieg auf den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein eingeladen – 20 Länder haben bisher zugesagt. Die Veranstaltung soll am morgigen Dienstag stattfinden. Was werden die Themen des Treffens sein?

Der US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein gilt seit jeher als mitunter wichtigster Knotenpunkt der US-Streitkräfte außerhalb der Vereinigten Staaten. Doch seit Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar hat die Militärbasis nach den Worten des rheinland-pfälzischen Innenministers Roger Lewentz (SPD) erneut eine "unglaubliche Bedeutungsaufwertung erfahren".

Dass Lewentz' Vermutung offensichtlich den Tatsachen entspricht, lässt nun auch eine Pressemitteilung von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin erahnen. Denn dieser hat für Dienstag Dutzende Verbündete der NATO zu einem Treffen im rheinland-pfälzischen Ramstein eingeladen. Ziel des Treffens sei die dauerhafte Sicherheit und Souveränität der Ukraine.

Der weitere Kriegsverlauf wird in Ramstein beschlossen

"Interessenvertreter aus bis zu 40 Nationen werden sich am 26. April mit Verteidigungsminister Lloyd Austin auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Deutschland treffen, um zu erörtern, wie der Ukraine erweiterte und tödlichere Hilfe geleistet werden kann", heißt es in der Mitteilung vom Freitag.

Bei dem Treffen handele es sich allerdings "nicht um ein NATO-Ministertreffen", sondern um eine Zusammenkunft derjenigen, die daran interessiert seien, die Ukraine bei ihrem Widerstand "gegen die russische Invasion zu unterstützen", erklärte Pentagon-Pressesprecher John Kirby gegenüber Reportern. Eingeladen seien vor allem Verteidigungsminister und hochrangige Militärbedienstete aus Ländern weltweit.

"Eines der Dinge, die sich Austin von dem Treffen erhofft", ergänzte Kirby, "ist der Beginn einer Diskussion mit gleichgesinnten Nationen über langfristige Verteidigungsbeziehungen, die die Ukraine in Zukunft brauchen wird". Man wolle darüber reden, "was jetzt vor sich

geht", so der Pentagon-Sprecher weiter. "Wir wollen natürlich von anderen Nationen hören, was sie in Bezug auf die unmittelbare Verteidigungshilfe tun und wie sich das ändern könnte." Mehr als 20 Nationen hätten die Einladung demnach bereits angenommen, jedoch stünden auch noch Antworten aus:

"Die Tatsache, dass mehr als 20 Nationen bereits zugestimmt haben, relativ kurzfristig teilzunehmen, ist meiner Meinung nach ein starkes Zeichen für die Einberufungsbefugnis der Vereinigten Staaten und die Bedeutung, die nicht nur wir, sondern auch diese anderen Nationen den Verteidigungsbedürfnissen der Ukraine in der Zukunft beimessen."

Austin habe jedoch keine "vorgegebene Liste von Dingen", zu denen er die Teilnehmer verpflichten wolle, sagte Kirby. Vielmehr wolle er "von den Verbündeten und Partnern und von den Ukrainern selbst hören, was sie tun und was sie in Zukunft brauchen werden". Austin werde sich Kirby zufolge nach Abschluss des Treffens an die Presse wenden, um zu erklären, "was wir gehört haben und was wir gelernt haben".

Das Treffen folgt auf Bitte des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, die USA und andere Länder sollten schwerere Waffen und Luftabwehrsysteme zur Unterstützung des Kampfes gegen Russland schicken. Zuvor hatte das Weiße Haus der Ukraine weitere 800 Millionen US-Dollar an Hilfe zugesagt, darunter Artillerie, Artilleriegeschosse, Fahrzeuge und sogar sogenannte Kamikaze-Drohnen, die Panzer zerstören können.

Ramstein als Ort künftiger wichtiger Treffen

Der US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein ist immer wieder Austragungsort wichtiger Treffen zwischen hochrangigen US-Politikern und ihren ausländischen Kollegen. Zuletzt im vergangenen Jahr, als US-Außenminister Antony Blinken und sein damaliger deutscher Amtskollege Heiko Maas (SPD) auf dem Stützpunkt zusammentrafen, um über die Konsequenzen aus der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan zu beraten. Einen Gipfel dieser Dimension gab es allerdings lange nicht mehr. Dabei ist der Sicherheitsapparat des Stützpunktes bestens auf die mit der Ankunft hochrangiger VIPs einhergehenden Anforderungen zum Schutze dieser gewappnet.

Erst kürzlich wurde bekannt, dass auf der US Air Base in Ramstein im Januar zum ersten Mal eine gemeinsame Übung des Geheimdienstes der US-Luftwaffe (OSI) mit französischen Kollegen der Spezialbehörde für Suche, Unterstützung, Intervention und Abschreckung (RAID) stattfand, um die Zusammenarbeit bei "künftigen realen Szenarien" in "gefährlichen Situationen oder Gebieten" zu trainieren. Eine gemeinsame Übung der beiden Strafverfolgungsbehörden ist durchaus ungewöhnlich und war dem US-Air-Force-Bericht zufolge auch die erste ihrer Art.

Demnach tauschten sich die Mitglieder der beiden Behörden während der mehrere Tage andauernden Übung zu "Taktiken, Techniken und Strategien" zum "Schutz besonders wichtiger Personen" aus. Zudem wurde den Anwesenden im Rahmen eines nicht-öffentlichen Briefings der Austausch zu "bewährten Praktiken" zum Schutz "wichtiger Personen" in Gebieten mit erhöhter Bedrohungslage ermöglicht.

Der Luftkrieg wird in Ramstein geplant

Der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein beherbergt auch das Headquarters Allied Air Command Ramstein, das 650 Personen starke internationale NATO-Hauptquartier des Kommandos Alliierte Luftstreitkräfte. Es befehligt die gesamten Luftstreitkräfte der NATO und ist zudem seit Ende Februar für die Planung der Kampfflugzeug-Einsätze entlang der NATO-Ostflanke zuständig.

Auch das Ballistic Missile Defense Command, die NATO-Kommandozentrale für die Abwehr ballistischer Raketen, ist auf dem Luftwaffenstützpunkt untergebracht. Von dem Gebäudekomplex in Ramstein aus wird die Raketenabwehr des Bündnisses rund um die Uhr überwacht. In der NATO-Befehlszentrale in Ramstein laufen alle Informationen über anfliegende feindliche Raketen zusammen, die zuvor sowohl von boden- und seegestützten Radarsystemen als auch von Sensoren in Drohnen sowie Satelliten aufgefangen wurden. Im

Falle eines Notfalls werden die boden- und seegestützten Abfangraketen von Ramstein aus in Gang gesetzt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6266864248fbef358a1abbe4.jpg>

22:15 de.rt.com: **Schüsse im Dorf Schurawlewka im Gebiet Belgorod – zwei Verletzte**

Wjatscheslaw Gladkow, der Gouverneur des Gebiets Belgorod, hat Beschuss des Grenzdorfes Schurawlewka gemeldet. In seinem Telegram-Kanal schrieb Gladkow:

"Ich musste eine Geschäftsreise nach Moskau antreten und saß bereits im Zug. Die Leiterin von Schurawlewka, Anselika Wasiljewna, rief an. Die Beschießung des Dorfes begann. Ich habe meine Geschäftsreise abgesagt und bleibe in der Region. Schon jetzt ist klar, dass es zivile Opfer gibt. Bislang gibt es zwei Verletzte: einen Mann mit einer Schusswunde am Arm und eine Frau mit einer Schusswunde am Hals."

Ihm zufolge sind die Krankenwagen bereits auf dem Weg zum Ort des Geschehens. Gladkow fügte noch hinzu:

"Es gibt Schäden an Wohnhäusern. Der Umfang wird nach einem Hausbesuch ermittelt. Was auch immer zerstört wurde, wird wiederhergestellt."

Zuvor hatte der Gouverneur über den Beschuss des Dorfes Nechotejewka im selben Gebiet berichtet.

22:17 de.rt.com: **Ukrainischer Gouverneur ruft zu Hinrichtung politisch Andersdenkender auf**

Der Gouverneur der ukrainischen Region Nikolajew, Witali Kim, hat in einer Live-Übertragung des ukrainischen Fernsehkanals "Ukraine 24" die Hinrichtung aller politisch andersdenkender Ukrainer angekündigt. Die Suche nach diesen Bürgern sei derzeit im Gange, so Kim.

In einer Live-Übertragung des Fernsehsenders Ukraine 24 hat der Gouverneur der ukrainischen Region Nikolajew, Witali Kim, darüber gesprochen, all jene Bürger zu töten, die mit dem politischen Kurs Kiews nicht einverstanden sind. Wörtlich hieß es:

"Alle Verräter werden hingerichtet. Mir fällt kein besseres Wort ein, also wird es so sein!"

Der Gouverneur wies auch darauf hin, dass in der Ukraine bereits ein spezieller Geheimdienst tätig sei. Dieser suche all jene "Dissidenten", die die Kiewer Behörden nicht unterstützen. Anstatt die Wasserversorgung in Nikolajew wiederherzustellen, die bereits seit drei Wochen unterbrochen ist, und seine Heimatstadt vor einer humanitären Katastrophe zu bewahren, ruft Kim zu Gewalt gegen die eigenen Bürger auf.

In der Ukraine sind heute sogar das Sankt-Georgs-Band auf Social-Media-Profilen und die Forderung, Artilleriegeschütze von Wohnhäusern zu entfernen, Merkmale für Andersdenkende. Letzte Woche gingen die Behörden in Nikolajew bereits gegen sogenannte

"Verräter" vor. Die Staatsanwaltschaft verhaftete eine ältere Einwohnerin von Perwomaisk, die "gefährliche Materialien" verteilte. Dabei handelte es sich um VKontakte-Sticker (VKontakte ist ein in Russland populäres soziales Netzwerk) zum Tag des Sieges. Unterdessen gibt es viele Beweise des ukrainischen Terrors gegen die eigene Zivilbevölkerung. So hatte am 8. April das Hauptquartier der DVR-Territorialverteidigung berichtet, dass das ukrainische Militär die Stadt Kramatorsk im Gebiet Donezk mit einer Totschka-U-Rakete beschossen habe. Dabei seien Trümmerteile in der Nähe des Bahnhofs niedergegangen. Mindestens 30 Menschen sollen ums Leben gekommen sein. Die Ukraine beschuldigte Russland, für den Angriff verantwortlich zu sein. Fotos der Raketenreste widerlegen dies jedoch, da Russland mit keiner einzigen Totschka-U-Rakete ausgerüstet ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6266a56cb480cc52584b2310.jpg>

22:35 de.rt.com: **Lawrow: Risiko eines Atomkriegs ist real**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow betonte heute in einem Interview mit dem russischen Fernsehsender Perwy Kanal: Die Risiken eines Atomkriegs seien derzeit sehr groß, man dürfe diese Gefahr nicht unterschätzen. Es gebe jedoch viele, die diese Gefahr künstlich aufblähen wollten.

Er erinnerte daran, dass die "nuklearen Fünf" im Januar die These von der "Unzulässigkeit eines Atomkriegs" bekräftigt hatten. Lawrow hob hervor:

"Die Gefahr ist ernst, sie ist real, sie sollte nicht unterschätzt werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267038a48fbef79fc401db4.jpg>

22:51 de.rt.com: **Iranischer Generalstabschef beschuldigt USA nach Terrorangriff in Afghanistan**

Ein führender iranischer General zeigte nach einem blutigen Terrorangriff in Irans Nachbarstaat Afghanistan mit dem Finger auf Washington. Die für die jüngsten Angriffe verantwortlichen Terrornetzwerke würden die "böse Strategie" der USA verfolgen.

Der Stabschef der iranischen Streitkräfte Generalmajor Mohammad Hossein Baqeri hat

erklärt, dass die Reihe tödlicher Explosionen, die in der letzten Woche die afghanischen Städte Masar-e-Sharif und Kundus erschütterten hatten, von Terroristen und Söldnern verübt wurden, die mit den USA "verbunden" seien, wie verschiedene iranische Medien berichteten. In einer Pressemitteilung erklärte der General:

"Die Verabschiedung zweckmäßiger Maßnahmen sowie ernsthafter und praktischer Schritte ... zur Ermittlung der Gründe und Ursachen solcher Katastrophen sowie zur Identifizierung und kategorischen Bestrafung jener Gruppen und Elemente, die dahinter stecken, ist eine Notwendigkeit."

Der iranische General führte aus, dass die Terrornetzwerke, die hinter den Anschlägen auf Schulen und Moscheen in der vergangenen Woche steckten, die "böse Strategie des Weißen Hauses und anderer Feinde des Großen Propheten des Islam" verfolgen würden.

Bei einem Bombenanschlag auf eine Moschee in Kundus am 22. April waren 33 Menschen getötet und 43 verletzt worden, wie der stellvertretende Informationsminister der Taliban, Zabiullah Mudschahid, auf Twitter mitteilte. Mudschahid sagte, dass die "Täter" des Anschlags vor Gericht gestellt werden würden. Bislang hat sich noch keine Gruppe zu dem Anschlag bekannt.

Am 21. April wurden bei einem Selbstmordanschlag auf eine schiitische Hazara-Moschee in der nördlichen Stadt Masar-e-Sharif, der Hauptstadt der Provinz Balch, nach Angaben der Taliban mindestens 25 Menschen getötet.

Die verbotene Terrorgruppe Islamischer Staat hat sich Berichten zufolge zu diesem Anschlag bekannt, bei dem die meisten der Toten schiitische Muslime waren.

Der sogenannte Islamische Staat zielte in der Vergangenheit immer wieder auf Schiiten und Anhänger des Sufismus, da die Terrortruppe diese als Ketzer betrachtet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6266e95448fbef79fc401d90.jpg>

6:45 de.rt.com: **China will nach Shells Rückzug aus Russland Konzernbeteiligungen übernehmen**

Chinas größte staatliche Energieunternehmen verhandeln Berichten zufolge mit Shell über eine Beteiligung an einem großen russischen Gasexportprojekt, nachdem sich der britische Öl- und Gaskonzern wegen des Konflikts in der Ukraine aus Russland zurückgezogen hat. Die chinesischen Unternehmen Cnooc, CNPC und die Sinopec-Gruppe befinden sich in gemeinsamen Gesprächen mit Shell über den 27,5-prozentigen Anteil des Unternehmens an dem Flüssiggasprojekt Sachalin-2 in Russland. Das berichtet Bloomberg mit Verweis auf Quellen, die mit der Sachlage vertraut sein wollen.

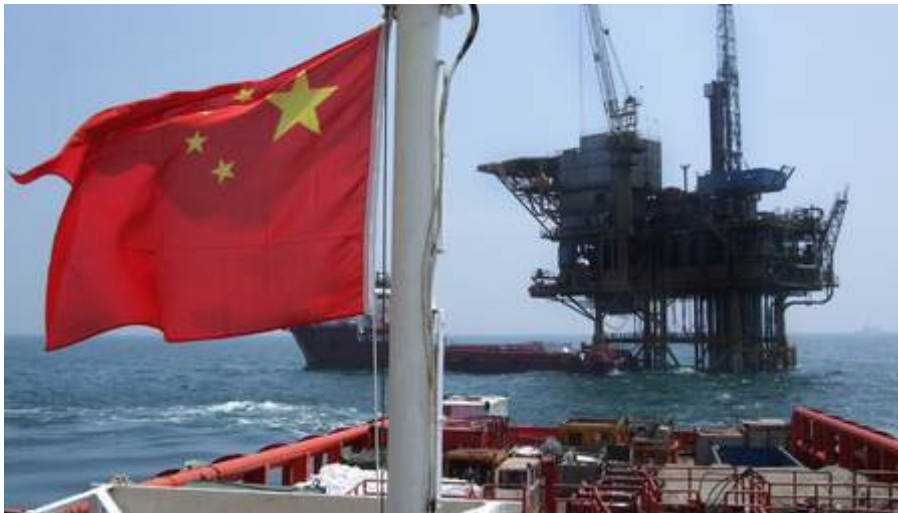
Die Gespräche, die sich noch in der Anfangsphase befinden, beinhalten Berichten zufolge den Verkauf des Anteils an eine oder zwei der chinesischen Firmen oder an ein Konsortium aus

allen drei Firmen. Shell sei auch offen für Verhandlungen mit weiteren potenziellen Käufern außerhalb Chinas, so die Quellen laut Bloomberg.

Im März kündigte der britische Öl- und Gaskonzern Shell seine Pläne an, sich aus Joint Ventures mit dem staatlichen russischen Gasriesen Gazprom und damit verbundenen Unternehmen zurückzuziehen. Diese Entscheidung folgt ähnlichen Schritten, die von der französischen Total, der britischen BP und der norwegischen Equinor ASA angekündigt wurden. Später teilte das Unternehmen mit, dass es aufgrund des Ausstiegs Vermögenswerte in Höhe von bis zu fünf Milliarden US-Dollar abschreiben müsse.

Auch die chinesische Automobilindustrie behält die neuen Möglichkeiten in Russland im Auge. Einer der chinesischen Autohersteller könnte den Anteil von Renault an dem russischen Autohersteller Awtowas kaufen, so eine von der Nachrichtenagentur TASS zitierte Quelle in Regierungskreisen. Renault hält 68 Prozent an der Lada Auto Holding, einem Gemeinschaftsunternehmen mit Rostek, das 100 Prozent von Awtowas besitzt.

Infolge der westlichen Sanktionen im Zusammenhang mit Moskaus Militäroperation in der Ukraine, die am 24. Februar begann, kam es zu einem Massenexodus großer internationaler Marken aus Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62668793b480cc518508e4da.jpg>

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Weltbank: Indien hat die extreme Armut halbiert**

Forscher der Weltbank wollen einen deutlichen Rückgang der extremen Armut in Indien festgestellt haben. Das geht aus einer Studie hervor, die den Trend wie in ländlichen wie auch in städtischen Gebieten beobachtet hat.

Die extreme Armut in Indien, dem zweitbevölkerungsreichsten Land der Welt, sei zwischen 2011 und 2019 um schätzungsweise 12,3 Prozentpunkte zurückgegangen. Das berichtete die Economic Times am Montag unter Berufung auf ein Forschungspapier der Weltbank.

Dem Bericht zufolge sank die Zahl von 22,5 Prozent im Jahr 2011 auf 10,2 Prozent im Jahr 2019, wobei der Rückgang in den ländlichen Gebieten wesentlich stärker ausfiel als in den Städten.

In dem Papier wurden Berichten zufolge zwei Ansätze zur Schätzung der extremen Armut verfolgt:

"Beide Ansätze ergeben qualitativ ähnliche Niveaus und Trends bei der an der 1,90-US-Dollar-Grenze geschätzten Armut pro Kopf der Bevölkerung. Die Armut war im Jahr 2019 um etwa 12,3 Prozentpunkte niedriger als 2011."

Die Studie ergab, dass die extreme Armut in dem Land in den Jahren 2011 bis 2015 auf 19,1

Prozent zurückgegangen war und in den folgenden vier Jahren noch stärker um 9,1 Prozentpunkte auf ungefähr zehn Prozent zurückging. Dabei soll der Studie zufolge zwischen 2017 und 2018 die extreme Armut den schnellsten Rückgang seit mehr als zwei Jahrzehnten verzeichnet haben.

Während die Armut auf dem Land zwischen 2011 und 2015 um 4,4 Prozentpunkte zurückging, sank sie im darauffolgenden Vierjahreszeitraum noch deutlicher von 21,9 Prozent auf 11,6 Prozent.

In den Städten ging die Armut dagegen um 6,6 Prozentpunkte zurück – von 12,9 Prozent im Jahr 2015 auf 6,3 Prozent im Jahr 2019. Der Bericht stellt auch eine Abschwächung der Ungleichheit beim Konsum fest, wenn auch mit geringerer Geschwindigkeit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62666b70b480cc511f4f4803.jpg>

7:25 de.rt.com: **Ukraine beschießt Dorf Golowtschino in der Region Belgorod**

Wjatscheslaw Gladkow, der Gouverneur des Gebietes Belgorod hat auf seinem Telegram-Kanal mitgeteilt, dass das Dorf Golowtschino von der Ukraine beschossen worden sei. Dabei seien vier Häuser beschädigt, aber keine Zivilisten verletzt worden.

In der Nacht berichtete er auch über den Beschuss des Dorfes Schurawljowka. Nach ersten Informationen wurden dort zwei Personen verletzt.

wpered.su: **Boris Litwinow nahm an der Entsendung des 95. humanitären Konvois der KPRF in den Donbass teil**

Am 25. April entsandten das ZK der KPRF und der gesamtrussische Stab für die Protestbewegung unter unmittelbarer Beteiligung von Parteikomitees und Arbeitskollektiven aus der Oblast Moskau, Moskau, der Oblast Woronesh, der Region Stawropol, den Republiken Jakutien und Nordossetien-Analija den 95. humanitären Konvoi zur Unterstützung der Soldaten und der Einwohner der Donezker und der Lugansker Volksrepublik. An der Veranstaltung nahm der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

120 Tonnen humanitäre Güter werden für die mutigen Menschen des befreiten Donbass eine wichtige Unterstützung zu den Volksfeiertagen des 1. Mai und des Großen Sieges am 9. Mai sein. Boris Litwinow dankte dem Vorsitzenden des ZK der KPRF Gennadij Sjaganow für die Hilfe, die die russischen Kommunisten seit acht Jahren dem Donbass leisten.

Die zentrale Autokolonne startete von den Produktionshallen der Lenin-Sowchose bei Moskau aus. Im grenznahen Bereich werden sich Autos mit Lebensmitteln aus Woronesh, Stawropol und Nordossetien-Analija anschließen.

8:05 de.rt.com: **Lawrow: Kiew hat in den Gesprächen mit Moskau auf Anraten der USA und Großbritanniens einen großen Schritt zurück gemacht**

Die USA und das Vereinigte Königreich haben dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij empfohlen, in den Gesprächen mit Moskau die Position Kiews jedes Mal zu verhärten. Darauf wies der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit Perwy Kanal hin. Er erklärte:

"Was die Verhandlungen mit der Ukraine betrifft, so wissen wir genau, dass weder die Vereinigten Staaten noch Großbritannien – das mit allen Mitteln versucht, seinen derzeitigen einsamen Status nach dem Austritt aus der Europäischen Union durch seine unbändige Aktivität zu kompensieren – Selenskij raten, die Verhandlungen zu beschleunigen. Sie raten Selenskij außerdem, seine Position jedes Mal zu verschärfen."

Der Minister erinnerte daran, dass die russischen Unterhändler in Istanbul zum ersten Mal von der ukrainischen Seite einen vom Leiter ihrer Delegation unterzeichneten Vorschlag erhalten hatten. Ihm zufolge bedurfte dieser zwar einer Feinabstimmung, um konsensfähig zu sein, wurde aber positiv bewertet. Der Chefdiplomat fügte hinzu:

"Als Reaktion auf diese Vorschläge – es handelte sich nicht um einen Vertrag, sondern um Umrisse eines Vertrags, grundlegende Bestimmungen, Hauptthesen – haben wir diese Thesen umgehend in das Vertragsgenre übertragen und diesen Entwurf an unsere ukrainischen Kollegen weitergeleitet."

Später habe Kiew Gegenvorschläge präsentiert, die sich radikal von den Vereinbarungen von Istanbul unterschieden. Lawrow betonte, dies sei ein großer Schritt zurück und hob hervor:

"Ich denke, dass dieser Schritt zurück oder zwei Schritte zurück auf Anraten unserer US-amerikanischen und britischen Kollegen gemacht wurden. Möglicherweise spielten auch die Polen und die Balten eine Rolle. Sie sind von den Positionen, die wir bereit waren, als Grundlage zu nehmen, zurückgetreten, und dazu wurde ihnen geraten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62677ddd48fbef74645404d2.jpg>

8:17 de.rt.com: **Salomonen: Peking dementiert Militärbasis-Pläne – Australien ruft zur Kriegsbereitschaft auf**

Unter Berufung auf einen auf Anregung des australischen Geheimdienstes veröffentlichten

Vertragsentwurf warnen westliche Staaten vor der Errichtung einer chinesischen Militärbasis auf den Salomonen. Doch sowohl die Inselregierung als auch Peking dementieren das. Peking hat Behauptungen Australiens und der Vereinigten Staaten, denen zufolge China eine Militärbasis auf den Salomonen errichten wolle, als "Fake News" zurückgewiesen.

Auf einer Pressekonferenz am Montag betonte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin, dass die "sogenannte chinesische Militärbasis auf den Salomonen eine reine Fake News" sei, die von einigen Leuten mit bösen Absichten erfunden worden sei. Der Diplomat wies auch darauf hin, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen auf den Prinzipien der gegenseitigen Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens beruhe.

Wang kritisierte die "Heuchelei" Washingtons: Die USA gehörten zu den lautesten Stimmen, die ihre Besorgnis über Chinas angebliche Pläne zur Einrichtung eines Stützpunktes in Ozeanien zum Ausdruck brachten, während sie selbst "fast 800 Militärstützpunkte in mehr als 80 Ländern" unterhielten, so der chinesische Diplomat.

Der chinesische Sprecher erinnerte Washington daran, dass die Salomonen ein "unabhängiges, souveränes Land und nicht der Hinterhof der Vereinigten Staaten und Australiens" seien.

Chinesische Regierungsvertreter hatten mehrere Male bekräftigt, dass das Abkommen mit den Salomonen nicht gegen eine Drittpartei gerichtet sei. Vor Kurzem hatte der chinesische Botschafter auf der Insel, Li Ming, in einem von lokalen Medien veröffentlichten Artikel erklärt:

"Es gibt kein verstecktes Motiv, keine geopolitische Agenda, wie einige Leute fälschlicherweise behaupteten. China wird sich niemals in die Souveränität und Innenpolitik der Salomonen einmischen."

Am vergangenen Dienstag hatte China bekannt gegeben, dass der chinesische Außenminister Wang Yi und sein salomonischer Amtskollege Jeremiah Manele einen Sicherheitspakt zwischen den beiden Ländern unterzeichnet hatten.

Die USA zeigten sich über diese Entwicklung umgehend besorgt. Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats des Weißen Hauses behauptete, die Unterzeichnung folge einem "Muster, bei dem China undurchsichtige, vage Abkommen mit wenig regionalen Konsultationen in den Bereichen der Fischerei, des Ressourcenmanagement, der Entwicklungshilfe und jetzt auch der Sicherheitspolitik" anbiete.

Einige Tage später teilte das Weiße Haus mit, dass die US-amerikanische diplomatische Mission auf den Salomonen die Führung des Landes gewarnt habe, dass die USA "entsprechend reagieren" würden, falls chinesische Militäreinrichtungen im Lande errichtet werden sollten. Einige Medien und Analysten deuteten das als mögliche Androhung militärischer Maßnahmen oder zumindest schwerer Sanktionen durch die USA.

Canberra machte ebenfalls deutlich, dass eine solche Militärbasis, die etwa 2.000 Kilometer von Australiens Küsten entfernt wäre, eine "rote Linie" darstellen würde.

Der australische Verteidigungsminister Peter Dutton erklärte am Montag, dass Australien den Frieden nur sichern könne, wenn es zum Krieg bereit sei:

"Der einzige Weg, den Frieden zu bewahren, ist, sich auf den Krieg vorzubereiten und als Land stark zu sein. Nicht zu kuschen, nicht auf die Knie zu fallen und schwach zu sein. Das ist die Realität"

Die australische Regierung hatte sogar noch vor Unterzeichnung des Abkommens die Publikation eines angeblichen Entwurfs angeregt, wie der Sydney Morning Herald unter Berufung auf mehrere Quellen in australischen Behörden berichtete. Demnach seien die australischen Geheimdienste bereits vor Monaten über die Ausarbeitung des Abkommens informiert gewesen. Ziel der Publikation des angeblichen Entwurfs des Abkommens soll gewesen sein, Druck auf die Inselregierung auszuüben, damit diese von ihrem Vorhaben abweicht. Während im Entwurf die Möglichkeit der Errichtung einer chinesischen Basis vorgesehen ist, betonten China und die Salomonen mehrmals, dass dies nicht der Fall sei.

Sollte, entgegen den bisherigen Versicherungen der involvierten Parteien, tatsächlich eine chinesische Militärbasis auf der Inselgruppe errichtet werden, würde das im Konfliktfall zu einer großen Herausforderung für das australische Militär werden. Zudem könnte Peking die Versorgungslinien zwischen Australien und Neuseeland abschneiden.

Einige Analysten bekräftigten, dass das Sicherheitsabkommen der salomonischen Regierung zukünftig größeren politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielraum schaffen könne, da es die einseitige Abhängigkeit vom großen Nachbarn Australien verringere, wie die Hongkonger Zeitung South China Morning Post schrieb.

Auch Japan reagierte besorgt über das Sicherheitsabkommen zwischen den Salomonen und China. Tokio entsandte den stellvertretenden Außenminister Kentaro Uesugi für eine dreitägige Reise auf die Inseln.

Der Premierminister der Salomonen Manasseh Sogavare betonte unterdessen, dass das Abkommen notwendig sei, um die Sicherheit seines Landes zu erhöhen. Das Abkommen sei von den "nationalen Interessen" des Inselstaates geleitet. Er hatte letzte Woche zudem unterstrichen, dass das Abkommen China nicht erlaube, einen Militärstützpunkt auf den Inseln zu errichten. Es gehe lediglich um innenpolitische Sicherheitsaspekte. Eine dauerhafte chinesische Präsenz oder gar eine, die es der Volksrepublik erlauben würde, von der Inselgruppe aus ihre Macht auszuüben, werde nicht durch das Abkommen gedeckt.

Zudem erklärte der salomonische Regierungschef am Freitag, dass die Fakten die Richtigkeit der Entscheidung der Inselregierung, im Jahr 2019 diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China aufzunehmen, bewiesen hätten, wie die chinesische Volkszeitung schrieb. Sogavare zufolge vertieften sich in diesem Zeitraum die bilateralen Beziehungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6266b012b480cc4cdd68031b.jpg>

8:35 de.rt.com: **Medienbericht: Ukraine bittet um monatliche US-Wirtschaftshilfe von zwei Milliarden US-Dollar**

Kiew soll die US-Regierung um eine wirtschaftliche Soforthilfe in Höhe von mindestens zwei Milliarden US-Dollar pro Monat gebeten haben und erklärt haben, dass sich die humanitäre Krise in der Ukraine ohne diese Mittel verschlimmern könnte. Das berichtete die Washington Post mit Verweis auf den ukrainischen Finanzminister Sergei Martschenko. Der Minister soll dem Blatt in einem Interview gesagt haben:

"Wir müssen diese Lücke jetzt schließen, um die notwendigen Mittel aufzubringen und diesen Krieg zu gewinnen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267817848fbef778a6e8a28.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.4.22 um 10:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 357 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 11 Zivilisten wurden verletzt**. 46 Wohnhäuser, 5 zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 52 ukrainische Nationalisten, 8 Feuerpunkte, einen Panzer, 2 Schützenpanzer und einen Panzertransporter vernichtet. Ein Schützenpanzer, ein Schützenpanzerwagen, ein Abwehrgeschütz SU-23-2 und ein Lastwagen wurden erbeutet.

9:35 de.rt.com: **Russisches Ermittlungskomitee eröffnet Strafverfahren wegen Kriegsverbrechen gegen ukrainischen Vize-Brigadekommandeur**

Gegen den stellvertretenden Kommandeur einer Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurde ein Strafverfahren wegen des Beschusses von ziviler Infrastruktur und Wohnhäusern im Donbass eingeleitet. Der Pressedienst des russischen Ermittlungskomitees gab am Dienstag im Beisein von Journalisten Folgendes bekannt:

"Das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation hat ein Strafverfahren gegen Oberstleutnant Dmitri Gerassimenko, den stellvertretenden Kommandeur der 56. motorisierten Infanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte, sowie gegen weitere nicht identifizierte Personen aus den Reihen des Militärpersonals der genannten Brigade eingeleitet. Sie werden verdächtigt, eine Straftat nach Absatz 1 des Artikels 356 des russischen Strafgesetzbuches 'Grausame Behandlung von Zivilisten, Einsatz verbotener Mittel und Methoden in einem bewaffneten Konflikt' begangen zu haben."

Den Ermittlungen zufolge haben Gerassimenko und weitere Soldaten am 24. April gezielten

Artilleriebeschuss auf zivile Infrastruktur im Bezirk Petrowski der Stadt Donezk durchgeführt. Dabei wurde ein 71-jähriger Zivilist verwundet und Wohnhäuser sowie weitere Gebäude wurden beschädigt.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 26.04.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

9 Mann;

1 Schützenpanzerwagen;

2 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 42 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm, 120mm-Mörsern sowie Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ auf Donezkij, Solotoje-5 und Kalinowo abgefeuert.

Durch Beschuss

- **starb in Kalinowo eine Frau**, geb. 1985, **3 Zivilisten wurden verletzt**, 9 Wohnhäuser wurden zerstört oder beschädigt;

- wurde in Donezkij ein Wohnhaus beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der BFU, von denen aus das Feuer erfolgte, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ ermittelt und vernichtet.**

Gestern hat das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik die Soldaten der Volksmiliz der LVR, die sich bei der Befreiung der Territorien der Republik am meisten ausgezeichnet haben, ausgezeichnet.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen humanitäre Hilfe an friedliche Einwohner der befreiten Territorien.

10:13 de.rt.com: Finnland empfängt NATO-Kriegsschiffe zu Übungszwecken

Die NATO-Mitglieder Lettland, Estland und die Niederlande werden gemeinsam mit Finnland Marineübungen in der Ostsee abhalten. Das teilte das finnische Militär mit und wies darauf hin, dass sich die Übungen auf "Minenabwehrmaßnahmen" konzentrieren würden.

Eine NATO-Trainingsmission wird am Donnerstag oder Freitag im Anschluss an einen Besuch der NATO-Abteilung für Minenbekämpfung im finnischen Turku stattfinden, teilte die Küstenflotte des Landes in einer Erklärung mit. Sie fügte hinzu, dass an den Übungen ein lettisches Minenverlegungsschiff sowie Minenräumboote aus Estland und den Niederlanden teilnehmen werden. Der Stabschef der Küstenflotte, Kommandant Mikko Villikari, erklärte: "Das Hauptziel der Übung ist die Suche und Identifizierung von Unterwasserobjekten."

"Bei diesen Übungen lernen wir, als Teil einer Gruppe zu arbeiten, mit der wir nicht regelmäßig zusammenarbeiten. Das hilft uns, internationales Fachwissen zu erhalten."

Zwei Minenjäger-Schiffe der Katanpaa-Klasse aus der finnischen Flotte werden ebenfalls an den Übungen teilnehmen.

Nach Angaben des finnischen Militärs werden die Übungen in den Gewässern des Schärenmeers in der Ostsee stattfinden, das etwa 540 Kilometer von der russischen Stadt Sankt Petersburg entfernt ist.

Die Übungen, die ein Jahr im Voraus geplant wurden, finden vor dem Hintergrund von Berichten statt, dass sowohl Finnland als auch Schweden – historisch gesehen neutrale Staaten – ihre Pläne für einen Beitritt zur NATO vorantreiben und bereits im kommenden

Monat einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen könnten. Die Staats- und Regierungschefs beider Länder haben erklärt, dass die russische Operation in der Ukraine ihr Kalkül in Bezug auf das Bündnis verändert habe. NATO-Chef Jens Stoltenberg erklärte dazu, dass das Bündnis die beiden Staaten bereitwillig aufnehmen werde.

Moskau, das eine 1.340 Kilometer lange Grenze mit Finnland teilt, hat davor gewarnt, dass ein solcher Schritt es zwingen könnte, das "militärische Gleichgewicht" in der baltischen Region wiederherzustellen.

Der ehemalige russische Präsident und derzeitige stellvertretende Vorsitzende des russischen Nationalen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew erklärte, dass die Region möglicherweise nicht "atomwaffenfrei" bleiben werde, falls die beiden skandinavischen Staaten in die NATO aufgenommen würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62679340b480cc71e7191f40.jpg>

10:59 de.rt.com: **Russland ruft Handelspartner zum Verzicht auf US-Dollar und Euro auf**
Russlands Minister für Industrie und Handel schlägt den Mitgliedsstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion, der BRICS sowie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit vor, bilaterale Zahlungen auf nationale Währungen umzustellen. Es soll generell auf Dollar und Euro verzichtet werden.

Am Montag hat der russische Industrie- und Handelsminister Denis Manturow eine Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "Innoprom-2022" in Usbekistan gehalten. Darin rief er die Mitgliedsstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU), der BRICS sowie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) dazu auf, den Handel mit Russland auf nationale Währungen umzustellen.

Der Minister merkte an, dass die Staaten der EAEU, der BRICS und der SCO zusammen etwa die Hälfte der Weltwirtschaft ausmachen und "eine Grundlage für die Zukunft" legen.

Russlands Handelsumsatz mit Partnerstaaten aus diesen Organisationen sei im Jahr 2021 um bis zu 38 Prozent gestiegen. Die Zukunft der erfolgreichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit hänge davon ab, wie schnell Russlands Partner bilaterale Zahlungen auf Nationalwährungen umstellen, so Manturow. Er erklärte:

"Was heute in der globalen Wirtschaft und auf der Welt passiert, gibt uns Hinweise darauf, wie wir unsere Logistik und industrielle Zusammenarbeit umstellen sollten, in welche Richtungen wir unsere Wirtschaften entwickeln können. Das ist eine, wie man sagt, Entdollarisierung, und seit Kurzem auch eine Enteuroisierung. Also eine Umstellung auf unsere eigenen Währungen, um bei Zahlungen, Güterlieferungen und Zusammenarbeit möglichst unabhängig zu sein."

Manturow begründete seine Ausführungen mit dem Hinweis auf eine "Hyperinflation" in den USA und Westeuropa. Solche Preissteigerungen seien seit 30 Jahren nicht beobachtet worden

und beeinträchtigten nun die Entwicklung der Industrie und der gesamten Wirtschaft. Daher würde eine Umstellung auf nationale Währungen bei Organisationen, denen die USA und die EU nicht angehören, Russlands Handelspartnern größtmögliche Unabhängigkeit bei der Entwicklung von gemeinsamen Projekten gewähren, so der Handelsminister.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6266b8d448fbef38413a7f62.jpg>

11:00 de.rt.com: **Medien: Trotz Sanktionen gegen Energieträgerexporte – Russlands Einnahmen aus Erdöllexport werden Werte vom April des Vorjahres schlagen**

Die internationalen Lieferungen von russischem Erdöl laufen in diesem Monat auf einem "Rekordtempo", und die Exporteinnahmen dürften die des gleichen Zeitraums der Vorjahre "deutlich übertreffen". Dies schrieb die US-Zeitschrift Foreign Policy unter Berufung auf die Erkenntnisse von Experten des US-amerikanischen Institute of International Finance (IIF). "Ein Vergleich [mit den Daten vom letzten April] zeigt, dass die Lieferungen in einem Rekordtempo erfolgen – was bedeutet, dass die Ölexporterlöse wahrscheinlich deutlich über den [Einnahmen] des gleichen Monats in den Vorjahren liegen werden", heißt es in dem Bericht, der von Foreign Policy zitiert wird.

Wie Foreign Policy selbst feststellt, seien einige Experten der Meinung, dass antirussische Sanktionen "auf lange Sicht funktionieren könnten" – doch einige Länder, die Restriktionen gegen Russland verhängt haben, selber eigenhändig "ihre Bemühungen ernsthaft untergraben", indem sie russische Energieressourcen kaufen.

Gemeint sind damit vor allem europäische Staaten, auf die der Löwenanteil der russischen Erdölexporte entfalle, so der ehemalige Mitarbeiter des US-Außenministeriums Edward Fishman.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267a27448fbef7603197b21.jpg>

12:20 (11:20) novorosinform.org: **Russland verstärkt die Zusammenarbeit mit China bei der Satellitenkommunikation – Rogosin**

Roskosmos bereitet sich darauf vor, strategische Fragen im Weltraumsektor zu erörtern. In naher Zukunft werden Russland und China damit beginnen, die Zusammenarbeit bei Fernerkundung aus dem Weltraum und der Satellitenkommunikation zu verstärken. Dmitri Rogosin, Generaldirektor von Roskosmos, sprach heute während des Sphere-Kongresses darüber.

Roskosmos verhandle bereits mit chinesischen Kollegen über die Fortsetzung der Zusammenarbeit, die durch die Programme GLONASS und Beidou entstanden ist. „Wir haben keinen Zweifel daran, dass die Zusammenarbeit, die zwischen den GLONASS- und Beidou- Navigationssystemen entstanden ist, sich durchaus auf Kommunikationssysteme sowie die Erdbeobachtung erstrecken kann. Wir werden über dieses Thema verhandeln, und ich denke, dass dies fruchtbar sein wird“, betonte Rogosin .

Er stellte klar, dass sich eine solche Zusammenarbeit nicht nur auf China beschränken, sondern auch auf andere große Länder, vor allem BRICS-Mitglieder, ausdehnen könne.



https://www.novorosinform.org/content/images/35/35/43535_720x405.jpg

12:37 (11:37) novorosinform.org: **In Cherson begann die Schaffung einer Volksmiliz**

Die militärisch-zivile Verwaltung von Cherson betreibt die Bildung von Strafverfolgungsbehörden.

In Cherson, das durch russische Truppen befreit wurde, beginnt neu gebildete militärisch-zivile Verwaltung mit dem Aufbau einer Volksmiliz. Dies teilte Militärkorrespondent Roman Saponkow auf seinem [Telegram-Kanal](#) mit.

Er erklärte, dass die Verwaltung jetzt ihre Kräfte auf die Organisation der Strafverfolgungsbehörden richte, wobei die Personalfindung im Gange sei: Die Rekrutierung wird unter denjenigen durchgeführt, die dies wünschen, sie werden überprüft. Der Wehrkommissar betonte, dass im vergangenen Monat ein Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zu beobachten sei.

"Im Laufe des letzten Monats, in dem ich in Cherson war, hat sich die Stimmung der Bürger von der Einstellung ‚Und Sie wollen hier wirklich nicht weggehen?‘ zu ‚Wie schnell können wir russische Pässe bekommen?‘ gewandelt, schreibt Saponkow.

Gleichzeitig blieben Probleme durch die Unterbrechung der Lieferketten von Produkten bestehen, aber andererseits werde ein System aufgebaut, um die Ordnung wiederherzustellen und das normale Leben wiederherzustellen.



https://www.novorosinform.org/content/images/35/38/43538_720x405.jpg

11:45 de.rt.com: **Nordkorea will Atomwaffenprogramm schneller vorantreiben**

Kim Jong-un hat einen schnelleren Ausbau des Atomwaffenprogramms seines Landes angekündigt. Dem nordkoreanischen Staatschef zufolge bestehe der Zweck der Atomwaffen nicht ausschließlich in der Kriegsverhinderung. Vielmehr seien sie ein Instrument mit diversen Zwecken.

Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un hat in seiner Rede während einer Militärparade am späten Montagabend in Pjöngjang einen rascheren Ausbau des Atomwaffenprogramms seines Landes angekündigt. Die Nuklearfähigkeiten sollten mit dem schnellsten Tempo gestärkt werden, wurde Kim am Dienstag von den einheimischen Medien zitiert. Die Regierung in Pjöngjang werde ihr Bestes tun, um bereit zu sein, die Abschreckungskraft der Atomwaffen jederzeit einzusetzen.

Gleichzeitig warnte der Staatschef Nordkoreas, die Kriegsverhinderung sei zwar die wichtigste Funktion der Atomwaffen. Ihr Zweck bestehe aber nicht nur darin. Sie seien ein Instrument, das verschiedenen Zielen dienen könne. Kim warnte, alle feindseligen Kräfte würden aufhören zu existieren, sobald sie die militärische Konfrontation mit Nordkorea suchten.

Bei der Truppenschau im Zentrum der Hauptstadt wurden auch strategische Waffen einschließlich der größten nordkoreanischen Interkontinentalrakete vom Typ Hwasongpho-17 vorgeführt. Laut südkoreanischen Medienberichten waren daran ungefähr 20.000 Soldaten beteiligt. Anlass für die Parade war der 90. Gründungstag der Koreanischen Revolutionären Volksarmee (KPRA), die einst gegen die japanische Kolonialmacht gekämpft hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267a4e848fbef79fc401de0.jpg>

11:55 de.rt.com: **Lambrecht will "Gepard"-Panzer an Ukraine liefern**

Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) hat bei einem Treffen auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein Berichten zufolge zugesagt, Flugabwehr-Panzer vom Typ "[Gepard](#)" an die Ukraine zu liefern. Bei den Kettenfahrzeugen handele es sich demnach um Panzer aus früheren Bundeswehrbeständen.

Zusätzlich will die Bundesregierung nach Informationen der dpa und der Süddeutschen Zeitung nun doch eine Lieferung von Panzern aus Beständen der Industrie an die Ukraine erlauben. Der Rüstungshersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) soll demnach grünes Licht erhalten, technisch aufgearbeitete "Gepard"-Flugabwehrpanzer aus früheren Beständen der Bundeswehr verkaufen zu dürfen.

Lambrechts Rede auf dem Militärstützpunkt in Ramstein war zuvor mit Spannung erwartet worden. Vertreter zahlreicher Länder beraten dort zur Stunde über den Krieg in der Ukraine. Zur Konferenz auf der größten US Air Base außerhalb der Vereinigten Staaten hatte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin geladen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267aa5248fbef760e7a35bf.jpg>

12:56 (11:56) **novorosinform.org: Berater des Verteidigungsministers der Ukraine rief zum Angriff auf Transnistrien auf**

Um Mariupol zu retten, hat die Ukraine das Recht, militärische Einrichtungen russischer Truppen in Transnistrien zu zerstören, sagte Juri Butusow, Berater des Verteidigungsministers

des Landes.

Laut Butusow hat die Ukraine nach dem von „censor.net“ [veröffentlichten](#) Material des Beraters fünf Gründe, warum sie Transnistrien angreifen sollte.

Als ersten Grund nannte er die Festnahme Tausender russischer Kriegsgefangener, um sie später gegen ukrainische Kriegsgefangene auszutauschen.

Im Falle der Eroberung Transnistriens würde es der Kontrolle der legitimen Behörden und der Streitkräfte Moldawiens übergeben, was laut Butusow die Gefahr eines Durchbruchs russischer Truppen aus der Region beseitigen und die Offensive der Russen im Süden der Ukraine bedeutungslos machen würde.

Einen weiteren Grund für die Notwendigkeit, Transnistrien anzugreifen, nannte der Berater die Gelegenheit, die Arsenalen russischer Munition zu beschlagnahmen, die von den Streitkräften der Ukraine verwendet werden könnten. Er glaubt auch, dass es nach der Eroberung Transnistriens möglich sein werde, zwei Brigaden der Streitkräfte der Ukraine freizusetzen und sie in andere Teile des Landes zu schicken.

Gleichzeitig nannte er Transnistrien eine Quelle des internationalen Terrorismus, der eine Bedrohung für ganz Europa darstelle, und glaubt, dass die Zeit gekommen sei, „diese Bedrohung für Südeuropa“ zu beseitigen.



https://www.novorosinform.org/content/images/35/39/43539_720x405.jpg

nachmittags:

12:22 de.rt.com: **Pentagon: USA streben "geschwächtes" Russland an**

Die USA sehen ukrainische Erfolge im Krieg gegen Russland und rüsten Kiew weiter auf. Verteidigungsminister Lloyd Austin sagte nach einem Besuch in der ukrainischen Hauptstadt, dass man Russland zu schwach für einen weiteren "Einmarsch" machen wolle.

Die USA wollen, dass der Konflikt in der Ukraine in solchem Maße Russland "schwächt", dass es nicht in einen Nachbarstaat "einmarschieren" kann. Dies erklärte US-

Verteidigungsminister Lloyd Austin am Montag bei einer Pressekonferenz im Südosten Polens. Zuvor war Austin zusammen mit dem US-Außenminister Antony Blinken nach Kiew gereist, um sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij und weiteren hochrangigen Politikern des Landes zu treffen.

Auf die Frage, wie er "Amerikas Erfolgsziele" in der Ukraine definieren würde, erklärte Austin, Washington wolle, dass die Ukraine "ein souveränes Gebiet bleibt, ein demokratisches Land, das in der Lage ist, sein Staatsgebiet zu schützen". Dabei erwähnte er jedoch mit keinem Wort, dass Präsident Selenskij unlängst erst die größte Oppositionspartei im Land verboten hat und ihren Vorsitzenden Wiktor Medwedtschuk verhaften und für Wochen verschwinden ließ.

Austin fügte noch hinzu, dass die USA unbedingt Russland durch den anhaltenden Konflikt

mit der Ukraine "geschwächt" sehen wollen. Laut Austin habe Russland "bereits viele militärische Fähigkeiten und Truppen verloren" und Washington wolle, "dass es nicht die Möglichkeit hat, diese Fähigkeiten sehr schnell wieder aufzubauen".

US-Außenminister Antony Blinken schloss sich den Worten Austins an und erklärte, Moskau sei mit seinem angeblichen Ziel, "die Ukraine vollständig zu unterwerfen, ihr die Souveränität und Unabhängigkeit zu nehmen", bereits "gescheitert". Jedoch hatte Russland zu keinem Zeitpunkt diesen jetzt unterstellten "Wunsch" geäußert, die Ukraine militärisch oder anderweitig vollständig zu besetzen oder gar zu "unterwerfen".

Blinken lobte die Wirkungen der von den USA und deren Verbündeten verhängten Sanktionen gegen Moskau und erklärte, diese "Strategie" der "massiven Unterstützung für die Ukraine und des massiven Drucks gegen Russland" habe "echte Ergebnisse" gezeigt.

"Wir sehen, dass Russland mit seinen Kriegszielen scheitert und die Ukraine erfolgreich ist", fuhr der US-Außenminister fort und betonte, dass "eine souveräne und unabhängige Ukraine sehr viel länger existieren wird als Wladimir Putin auf dieser Bühne" und ergänzte:

"Und unsere Unterstützung für die Ukraine wird in Zukunft weitergehen. Sie wird weitergehen, bis wir einen endgültigen Erfolg sehen."

Moskau hat wiederum erklärt, seine Militäroperation verlaufe wie geplant und seine Ziele würden erreicht werden.

Am Montag hatte US-Präsident Joe Biden neue Pläne bekannt gegeben, wonach die derzeitige US-Botschafterin in der Slowakei, Bridget Brink, als US-Botschafterin in die Ukraine entsandt und damit eine seit 2019 dort offene Position wieder besetzt werde. Sie soll jedoch noch nicht permanent im Land amtieren, sondern stattdessen von Polen aus "Tagesreisen" nach Lwiw in der Westukraine unternehmen, bis Washington seine US-Botschaft in Kiew wiedereröffnet.

Der Besuch von Blinken und Austin am Sonntag wurde aus "Sicherheitsgründen" solange geheim gehalten, bis die beiden das Land bereits am Montag wieder verlassen hatten. Bei dem Treffen kündigten die US-Minister weitere Militärhilfen im Wert von 322 Millionen Dollar für die Ukraine an. Zudem werde Kiew weitere Munition im Wert von 165 Millionen Dollar bekommen, hieß es.

Seit Beginn der Amtszeit von US-Präsident Biden haben die USA mehr als drei Milliarden Dollar an "Sicherheitsunterstützung" an die Ukraine geliefert.

Moskau hat die Waffenlieferungen der USA und anderer NATO-Länder an Kiew wiederholt mit der Begründung verurteilt, dass sie die Lage vor Ort nur destabilisieren und die Aussichten auf Frieden beeinträchtigen. In Moskau ist man auch der Ansicht, dass entsprechende westliche Konvois zu legitimen Zielen für die russischen Streitkräfte werden, sobald sie ukrainisches Hoheitsgebiet erreichen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62679d7948fbef778a6e8a42.jpg>

13:44 (12:44) novorosinform.org: **In Kiew begann man mit dem Abbau des Denkmals unter dem Bogen der Völkerfreundschaft**

Es wurde mit dem Abbau der Bronzeskulptur zweier Arbeiter, die 1982 in Kiew unter dem Bogen der Völkerfreundschaft installiert wurde, begonnen, berichtet RT.

Der Bürgermeister der Hauptstadt der Ukraine hatte zuvor Pläne zum Abbau des Denkmals bekanntgegeben und schrieb in seinem Telegram-Kanal, dass „8 Meter Metall der sogenannten“ Freundschaft zweier Völker „aus dem Zentrum von Kiew entfernt werden“. Er fügte hinzu, dass die zweite skulpturale Komposition aus rotem Granit später ebenfalls demontiert, aber vorerst mit Veredelungsmaterialien bedeckt werde. Er schrieb auch, dass der eigentliche Bogen der Völkerfreundschaft einfach umbenannt und mit den Farben der ukrainischen Flagge beleuchtet werden würde. ...



https://www.novorosinform.org/content/images/35/43/43543_720x405.jpg

12:55 de.rt.com: **Exporterlaubnis beantragt: Rheinmetall will 88 "Leopard"-Panzer an Ukraine liefern**

Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat der Ukraine nach Angaben der dpa angeboten, 88 gebrauchte Leopard-Kampfpanzer zu liefern. Das Angebot beinhaltet demnach auch die zur Steuerung der Panzer benötigte Ausbildung der Besatzung in Deutschland, Training für die Instandsetzung, das zugehörige Werkzeug, Ersatzteile, einen Servicestützpunkt sowie die passende Munition. Über das Angebot des Rüstungskonzerns hatte zuerst die Zeitung Welt berichtet.

Die Genehmigung der Lieferung wurde nach Informationen der Welt bereits Ende vergangener Woche beim für den Export von Waffen zuständigen Bundesministerium für Wirtschaft beantragt. Zudem soll der Bundesregierung auch noch ein weiterer Antrag von Rheinmetall vorliegen, wonach der Konzern bei erfolgreicher Genehmigung plant, 100 Marder-Schützenpanzer an die Ukraine zu liefern. Über die Anfrage will die Bundesregierung nach Angaben von Regierungssprecher Steffen Hebestreit "zeitnah" entscheiden.

Bei den Leopard-Panzern soll es sich demnach um von der Bundeswehr ausgemusterte Modelle vom Typ 1A5 handeln. Der Leopard 1A5 ging Anfang der 1960er Jahre in Produktion und wurde von der Bundeswehr bis in Jahr 2003 genutzt. Innerhalb weniger Wochen könne das Unternehmen die ersten Exemplare bereits liefern. Die Kosten für das Komplettpaket würden mit rund 115 Millionen Euro beziffert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267bd8948fbef16a914d30b.jpg>

13:00 de.rt.com: **Weitere Charge humanitärer Hilfe aus Russland in der Region Lugansk angekommen und wird an Bewohner verteilt**

Das russische Militär hat in der Region Lugansk humanitäre Hilfsgüter ausgeteilt. Die Bedürftigen erhielten Pflanzenöl, Graupen, Mehl, Fleischkonserven, Zucker, Zwiebeln, Süßigkeiten und Trinkwasser sowie andere lebensnotwendige Güter.

Damit Bedürftige in der Volksrepublik Lugansk weiterhin versorgt werden können, hat ein weiterer humanitärer Konvoi des russischen Katastrophenschutzministeriums insgesamt zehn Fuhren Lebensmittel und Baumaterialien in die Hauptstadt Lugansk geliefert. Dies teilte der Pressedienst des Katastrophenschutzministeriums der Volksrepublik am Dienstag mit: "Am Montag, dem 25. April, trafen die Fahrzeuge eines weiteren Konvois des russischen Ministeriums für Katastrophenschutz mit humanitärer Hilfe für die Bewohner des Donbass in der Hauptstadt der LVR ein. Die Lieferung erfolgte in voller Übereinstimmung mit den Anforderungen und Normen des internationalen Rechts."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267b744b480cc56ec5dfbe2.png>

13:15 de.rt.com: **Russland: Westliche Nachschublinien in der Ukraine zerstört**

Russische Truppen haben sechs Umspannwerke zerstört, die für die Versorgung der ukrainischen Streitkräfte im Donbass mit "ausländischen Waffen und militärischem Gerät" genutzt werden. Das teilte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Montag mit.

Er fügte hinzu, dass sich die Bahnhöfe an den Eisenbahnknotenpunkten Krasnoje, Sdolbunow, Schmerinka, Berditschew, Kowel und Korosten – allesamt in der Westukraine – befinden.

Nach Angaben von Konaschenkow wurden bei den Luftangriffen auch 27 militärische Ziele zerstört, darunter vier Kommandozentralen.

Die westlichen Unterstützer der Ukraine haben die genauen Routen, über die sie Waffen nach Kiew liefern, nicht offengelegt. Berichten zufolge werden viele dieser Waffen aber über das benachbarte Polen geliefert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267c087b480cc57d97eb836.jpg>

13:30 de.rt.com: **Lambrecht will ukrainische Soldaten in Deutschland ausbilden**

Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) hat am Dienstag die Ausbildung ukrainischer Soldaten an Artilleriesystemen in Deutschland angekündigt. "Wir arbeiten gemeinsam mit unseren amerikanischen Freunden bei der Ausbildung von ukrainischen Truppen an Artilleriesystemen auf deutschen Boden", erklärte Lambrecht am Dienstag auf dem US-Stützpunkt in Ramstein. Die deutsche Verteidigungsministerin nimmt dort an einer von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin initiierten Konferenz zur Lösung des Ukraine-Konflikts teil.

Lambrecht kündigte zudem an, ukrainische Soldaten künftig an Panzerhaubitzen in Deutschland ausbilden zu wollen. Dabei würde es sich um eine gemeinsame Ausbildungsmission Deutschlands und der Niederlande handeln. Außerdem plane die Bundesregierung, der Ukraine weitere Munition bereitzustellen. "Denn wir wissen alle, dass in diesem Konflikt Artillerie ein wesentlicher Faktor ist", so Lambrecht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267cab448fbef7464540526.jpg>

13:45 de.rt.com: **Staatsduma-Sprecher nach Vereitelung von Anschlägen des SBU auf russische Journalisten: Ukraine als terroristischen Staat einstufen**

Nachdem Kiew mit der Planung von Terroranschlägen gegen russische Journalisten begonnen hat, muss die Ukraine als terroristischer Staat eingestuft und Präsident Wladimir Selenskij zur Rechenschaft gezogen werden. Hierzu rief Wjatscheslaw Wolodin, der Sprecher der russischen Staatsduma, am Dienstag in seinem Telegram-Kanal auf:

"Nachdem Kiew bereits einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung entfesselt hat, geht es nun auch zu terroristischen Angriffen gegen friedliche Bürger anderer Länder über. Das ist es, wozu die Unterstützung der Neonazi-Ideologie führt."

Nach dieser sehr transparenten Deutung in Richtung des kollektiven Westens setzte der Politiker fort:

"Es ist notwendig zu erkennen: Die Ukraine ist ein terroristischer Staat. Selenskij sollte zur Rechenschaft gezogen und die Schuldigen bestraft werden."

denis-pushilin.ru: **Zur Tätigkeit der OSZE im Donbass**

„Es kommen immer neue Sachverhalte heraus. Wir sehen, dass sie die Ressourcen genutzt haben, die sie hatten. Vorsätzlich oder nicht vorsätzlich, daran haben wir jetzt bestimmte Zweifel. Die Ermittlung muss alles untersuchen und alle ‚i-Pünktchen‘ setzen“, sagte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

Er erläuterte, dass die Daten von den Beobachtungskameras, die auf Anforderung der OSZE vor Ort installiert worden waren und die Lage an der Kontaktlinie breit beobachtet haben, vom Gegner benutzt wurden.

„Es wurden Schläge verübt, unsere Territorien beschossen, wobei sie sich an den Informationen orientiert haben, die unter anderem auch von den Kameras der OSZE-Mission kamen“, unterstrich Denis Puschilin.

Er unterstrich den Zynismus der Aktivitäten der Beobachter, deren Mission in erster Linie die Sorge um den Frieden war.

„Aber jetzt befasst sich die Ermittlung damit“, sagte das Staatsoberhaupt.

„Es ist ein erschreckender Fall, dass eine internationale Organisation, auch noch eine mit einem solch weitgehenden Mandat, mit Zugang zu allen Ortschaften, zu Punkten an der Kontaktlinie, im Grunde Daten gesammelt und an Spezialdienste der Ukraine übergeben hat“,

stellte Denis Puschilin fest.

„Der Gegner hat vollständig über die OSZE-Kameras verfügt, um das Feuer zu leiten, diese oder jene Positionen zu berechnen. Dabei reden wir nicht nur von militärischen Positionen, wird sprechen auch von ziviler Infrastruktur“, berichtete Puschilin.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen hat die Generalstaatsanwaltschaft der DVR ein Strafverfahren wegen Spionage aufgenommen.

„Die OSZE-Mission hat ein Instrument, ein weitgehendes Mandat im Grunde genutzt, um für eine der Konfliktseiten einzutreten“, erklärte das Staatsoberhaupt.

13:50 de.rt.com: **EU fordert von Indien Verzicht auf Energie-Handel mit Russland**

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat Indien aufgefordert, den Öl- und Gashandel mit Russland einzustellen, da diese Geschäfte nicht "nachhaltig" seien.

Die Kämpfe in der Ukraine, die bisher auf keinen EU-Mitgliedsstaat übergreifen haben, seien "eine deutliche Mahnung, dass unsere Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen nicht nachhaltig ist", betonte von der Leyen am Sonntag in einer Rede bei einer multinationalen Konferenz in dem südasiatischen Land.

Russland hat sich bisher bereit gezeigt, auch an "unfreundliche Länder" – jene, die Moskau mit Sanktionen belegt haben – weiterhin Energie zu liefern, obwohl Russland auch darauf besteht, dass das Gas in Rubel bezahlt wird. Mehrere europäische Staaten und die USA haben jedoch ein vollständiges Energieembargo gefordert. Einige wenige Länder, darunter Deutschland und Österreich, warnten jedoch davor, dass eine vollständige Abkopplung des Kontinents von russischer Energie bis Ende des Jahres unmöglich sei.

"Was in der Ukraine passiert, wird Konsequenzen für Indien und die umliegende Region haben", sagte von der Leyen. Während sie sich rühmte, dass Europa "wirksame Sanktionen" gegen Moskau verhängt habe, deutete von der Leyen dennoch an, dass es Indiens Pflicht sei, zu dieser "Wirksamkeit" beizutragen, und betonte:

"Für die indo-pazifische Region ist es genauso wichtig wie für Europa, dass die Grenzen respektiert und die Einflusszonen abgelehnt werden."

Indien trägt die westlichen Sanktionen gegen Russland nicht mit. Die EU versucht derzeit, wie auch die USA und Großbritannien, engere Beziehungen zu Neu Delhi aufzubauen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267cdc4b480cc57d97eb83e.jpg>

15:06 (14:06) novorosinform.org: **Der Terroranschlag in Pridnestrowien wurde von drei Personen ausgeführt, die aus der Ukraine kamen**

Die Organisatoren des Terroranschlags in der Nähe des Ministeriums für Staatssicherheit von Transnistrien in Tiraspol kamen aus der Ukraine, berichtet RIA Novosti unter Berufung auf

eine Quelle aus Regierungskreisen der Republik.

Nach Angaben des örtlichen Innenministeriums waren am Vortag mehrere Schüsse aus einem Panzerabwehr-Handgranatwerfer auf das MfS-Gebäude in Tiraspol abgefeuert worden. Durch den Beschuss wurde niemand im Gebäude und seiner Umgebung verletzt, Durch die Explosionen in den oberen Stockwerken des Gebäudes wurden Fenster zerstört.

"Der Terroranschlag wurde von drei noch nicht identifizierten Personen ausgeführt, die um 17:15 Uhr außerhalb der Kontrollpunkte - über das Feld - aus dem Territorium der Ukraine in das Gebiet der Siedlung Nowowladimirowka, acht Kilometer nördlich von Tiraspol, eindrangen. Gegen 18:00 Uhr verließen sie das Territorium auf demselben Weg in die Ukraine", sagte die Quelle der Agentur.

Die Quelle fügte hinzu, dass zwei weitere Terroranschläge, nämlich Explosionen auf dem pridnestrowischen Flugplatz und die Sprengung von Türmen auf dem Territorium des Radio- und Fernsehzentrums, zur Fortsetzung einer Reihe von Verbrechen wurden.

Laut der Quelle versucht die Ukraine, die Ausbreitung des Konflikts auf das Territorium Transnistriens zu provozieren.



https://www.novorosinform.org/content/images/35/47/43547_720x405.jpg

14:35 de.rt.com: **Terrorstufe Rot nach Provokationen in Transnistrien – dem möglichen nächsten Brandherd an der Grenze zur Ukraine**

In Transnistrien wurde über Nacht ein Militärflugplatz in der Nähe von Tiraspol angegriffen. Nach Angaben des Militärkorrespondenten Semjon "[@wargonzo](#)" Pegow, der sich auf örtliche Quellen beruft, wurde der Angriff mit 60-mm-Mörsergranaten durchgeführt. Diese wurden aber nicht wie üblich mit Mörsern verschossen, sondern von Drohnen abgeworfen. 60 Millimeter ist ein reiner NATO-Standard, was Mörsern anbelangt: Wegen zu geringer Wirkung war noch während des Großen Vaterländischen Krieges die Ausmusterung von 50-Millimeter-Mörsern seitens der Roten Armee beschlossen worden. Seitdem ist 82 Millimeter das kleinste Mörserkaliber bei den Streitkräften Russlands und der meisten ehemaligen Sowjetrepubliken – mit Ausnahme der drei baltischen NATO-Staaten, und seit jüngster Zeit eben auch der Ukraine, die Mörsergranaten diesen Kalibers von den NATO-Staaten als Militärhilfe erhält. Ebenfalls am 26. April wurden zwei Explosionen in der Ortschaft Majak [gemeldet](#), bei denen zwei leistungsstarke Retranslationsantennen eines Rundfunkzentrums zur Ausstrahlung des russischen Rundfunks beschädigt wurden. Dies teilte das örtliche Innenministerium mit. Den Angaben zufolge wurde dabei keiner der Mitarbeiter des Funkzentrums oder der Anwohner verletzt.

Einen Tag zuvor waren mehrere Panzerfaustgranaten auf das Gebäude des transnistrischen Ministeriums für Staatssicherheit in Tiraspol [abgefeuert](#) worden. Auch hier gab es keine Verletzten.

Die Regierung der nicht anerkannten Transnistrischen Moldauischen Republik hat angesichts

dieser Angriffe die Warnstufe Rot der Terrorgefahr ausgerufen. Das [meldete](#) RIA Nowosti mit Verweis auf den Internetauftritt des amtierenden Republikpräsidenten, Wadim Krasnosselski.



https://www.novorosinform.org/content/images/35/34/43534_720x405.jpg

14:50 de.rt.com: **DVR-Oberhaupt Puschilin: "Asow"-Kämpfer in Mariupol-Stahlwerk bitten um Evakuierung in die Türkei**

Ukrainische Soldaten, die in der Asowstahl-Fabrik in Mariupol festsitzen, bitten seit jüngstem darum, nicht in das von Kiew kontrollierte Gebiet, sondern per Schiff in die Türkei evakuiert zu werden. Diese kuriose Information teilte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin am Dienstag im Fernsehsender Solowjow Live mit:

"Sie kommen sowohl zu unserem Militär als auch zu dem russischen und versuchen zu verhandeln, wie sie sich am besten ergeben können. Sie fordern oder bitten – es ist nicht klar, wie sie das genau meinen. Kiew vertrauen sie nicht besonders. Ihre jüngsten Bitten laufen nicht auf eine Evakuierung nach Kiew hinaus, nicht auf einen Teil der Ukraine unter Kiews Kontrolle – sondern sie wollen in die Türkei ... Dort wollen sie denn auch die Waffen niederlegen. Sie schlagen vor: 'Wir werden mit Waffen abziehen, in die Türkei schippern und dort die Waffen niederlegen.' So etwas ist es, was man von ihnen zu hören bekommt."

Dem Republikoberhaupt zufolge sind die Angehörigen des "Asow"-Regiments jedoch Kriegsverbrecher, auf die ein Kriegstribunal wartet:

"Wenn wir von 'Asow' reden: Das sind Kriegsverbrecher, auf die entweder eine lange Haftstrafe oder ein Tribunal und dessen angemessene Entscheidung wartet. Anders kann es gar nicht sein."

15:00 de.rt.com: **Russlands OPCW-Vertreter: Provokationen mit Chemiewaffen seitens Kiews möglich**

Das technische Sekretariat der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) wurde über mögliche Provokationen mit chemischen Waffen seitens des ukrainischen Militärs informiert. Dies gab der Ständige Vertreter Russlands bei der OPCW, Alexander Schulgin, live beim Fernsehsender Rossiya 24 bekannt:

"Erst gestern habe ich mich mit dem Direktor des technischen Sekretariats, Fernando Arias, getroffen und ihn auf ein Briefing des russischen Verteidigungsministeriums aufmerksam gemacht. Darin wurden drei Szenarien möglicher Provokationen mit Massenvernichtungswaffen genannt. Ich habe ihm eine entsprechende Note übergeben und das technische Sekretariat aufgefordert, unsere Warnungen und Informationen über die Vorbereitung solcher Provokationen sehr ernst zu nehmen."

Der Ständige Vertreter habe auch über die Anwesenheit ausländischer – vor allem US-amerikanischer und britischer – Ausbilder in der Ukraine, die im Umgang mit chemischen Waffen geschult sind, informiert. Eine False Flag gegen Russland, etwa durch Wiederholung

des Nawalny-Szenarios, darf es jedenfalls nicht geben:

"Auf jeden Fall haben wir das Sekretariat gewarnt, dass wir eine Wiederholung des Szenarios nicht zulassen werden, wie es in der Vergangenheit eintrat –insbesondere im Fall der angeblichen Vergiftung von [Blogger Alexei] Nawalny. Wir werden proaktiv vorgehen – und präventiv."

15:30 de.rt.com: **Präsident Kroatiens bezeichnet geplanten NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens als "gefährliche Scharlatanerie"**

Der kroatische Präsident Zoran Milanović nannte am Dienstag vor Pressevertretern in Kroatien den beabsichtigten Beitritt Finnlands und Schwedens in die NATO eine "gefährliche Scharlatanerie". Über die Aufnahme könne man reden, aber dennoch halte er jene für ein "sehr gefährliches Abenteuer". Er ergänzte:

"Einen Schritt weiter gehen und Finnland reinziehen, das 50 Kilometer von St. Petersburg entfernt ist. Ich halte das für eine gefährliche Scharlatanerie."

Aber man könne nicht Nein sagen, so Milanović weiter. "Meinetwegen können sie aufgenommen werden", betonte der kroatische Präsident und fügte hinzu: "Sie können, von mir aus, den wütenden Bären mit einem Füller ins Auge piksen". Zugleich forderte er aber von der Regierung in Zagreb, das Ja zur Aufnahme an eine Bedingung zu knüpfen: Reform des Wahlrechts im Nachbarland Bosnien-Herzegowina.

Zahlreiche politische Vertreter der Kroaten in Bosnien-Herzegowina drängen schon seit Monaten auf eine Änderung des Wahlgesetzes. Damit soll aus ihrer Sicht sichergestellt werden, dass bei der Wahl des kroatischen Mitglieds des dreiköpfigen Staatspräsidiums jener Kandidat aus den Reihen der bosnischen Kroaten gewählt wird, der auch ihre Interessen in dem Land vertritt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267e146b480cc5663455dd4.jpg>

16:49 (15:49) novorosinform.org: **Westliche Politik könnte zum Zerfall der Ukraine in mehrere Staaten führen – Patruschew**

Der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation glaubt, dass die in der Ukraine lebenden Völker heute nur noch durch die Angst vor den Gräueltaten nationalistischer Bataillone vereint sind.

Washington versuche, seine Hegemonie zu festigen, indem es tragische Szenarien globaler Krisen auferlege. Nikolai Patruschew, Sekretär des russischen Sicherheitsrates, erklärte dies

in einem [Interview](#) mit der „Rossijskaja Gaseta“.

Er stellte fest, dass die Vereinigten Staaten, nachdem sie beschlossen hatten, einen Antipoden zu Russland zu schaffen, die Ukraine zu diesem Zweck auswählten und versuchten, das einige Volk zu spalten. Um dies zu erreichen, begann Washington lange vor dem Staatsstreich von 2014, den Ukrainern Hass auf alles Russische einzuflößen.

"Die Geschichte lehrt jedoch, dass Hass niemals zu einem zuverlässigen Faktor der nationalen Einheit werden kann", betonte Patruschew.

Er äußerte die Meinung, dass die auf dem Territorium der Ukraine lebenden Völker jetzt nur noch durch die Angst vor den Nazi-Bataillonen vereint seien. Der Zerfall der Ukraine in mehrere Staaten sei möglicherweise das Ergebnis der aktuellen Politik des Westens und des von ihm kontrollierten Kiewer Regimes, resümierte Patruschew.



https://novorosinform.org/content/images/35/56/43556_720x405.jpg

17:07 (16:07) novorosinform.org: **Kiew erkennt seine Abhängigkeit von Weißrussland an**
Arestowitsch sagte, die Ukraine sei nicht bereit, die Beziehungen zu Weißrussland vollständig abubrechen.

Kiew brauche belarussischen Strom und Dieselkraftstoff und sei daher nicht bereit für eine vollständige Kappung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Republik. Das sagte Aleksej Arestowitsch, Berater des Leiters des Büros des Präsidenten der Ukraine Wladimir Selenskij, berichtet RIA Novosti.

„Belarus stellt uns wesentliche, kritische Ressourcen zur Verfügung – das betrifft Dieselkraftstoff, Strom und so weiter. Wir sind noch nicht bereit, diese Verbindungen abubrechen“, sagte Arestowitsch.

Er stellte fest, dass Kiew die Beziehungen zu Belarus aufrechterhalten werde, auch durch eine vorsichtige Politik gegenüber diesem Land. Arestowitsch fügte hinzu, dass "jeder unvorsichtige Schritt in die belarussische Richtung Lukaschenko in die Arme der Russischen Föderation treibt".

Es ist erwähnenswert, dass Arestowitsch früher zu einem „Eisenbahnkrieg“ in Weißrussland aufgerufen hat, um „die Routen für den Transfer russischer Streitkräfte zu zerstören“. Die Generalstaatsanwaltschaft der Republik leitete daraufhin ein Strafverfahren gegen ihn wegen öffentlicher Aufrufe zu Terroranschlägen ein.



https://novorosinform.org/content/images/35/57/43557_720x405.jpg

16:08 de.rt.com: **Russlands Vertretungen in den USA Ziel von Blockaden und Drohungen**

Russlands diplomatische Vertretungen in den USA werden an ihrer Arbeit gehindert.

Bankkonten einiger russischer diplomatischer Einrichtungen wurden geschlossen. Nun werde die Botschaft in Washington von den US-Behörden praktisch blockiert, so der russische Botschafter.

Der Betrieb der russischen Botschaft in Washington wird von den USA blockiert. Das teilte der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow mit. Er sagte am Sonntag dem Fernsehsender Rossija 1:

"Die Botschaft wird im Wesentlichen von den US-Behörden blockiert. Die Bank of America hat die Konten unserer Generalkonsulate in Houston und New York geschlossen."

Antonow fügte hinzu, dass die Mitarbeiter telefonisch und per Post bedroht werden. Der Botschafter betonte:

"Eine Zeit lang wurde sogar der Ausgang der Botschaft mittels ziemlich großer Proteste blockiert. Es gab Vandalenakte, Farbe wurde geworfen."

Die Angriffe auf russische Vertretungen im Ausland nahmen zu, nachdem Moskau Ende Februar seine Militärkampagne in der Ukraine gestartet hatte. In Dublin und Bukarest wurden die Tore der russischen Botschaften durch Fahrzeuge beschädigt. Aktivisten verunstalteten diplomatische Vertretungen in Ländern wie Österreich und Lettland mit Farbe.

Viele Länder verhängten weitreichende Sanktionen gegen Russland, und mehrere westliche Staaten wiesen russische Diplomaten aus, woraufhin Moskau mit entsprechenden Spiegelmaßnahmen reagierte.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62665c0548fbef38413a7ed8.jpg>

16:15 de.rt.com: **Linken-Fraktionschef Bartsch warnt vor "Eskalation bis hin zu einem Weltkrieg"**

Die Linksfraktion im Bundestag hat die Debatte über Waffenlieferungen an die Ukraine als unehrlich kritisiert. "Es wird in Deutschland immer so getan, als wenn diverse Länder schwere Waffen in die Ukraine geliefert hätten", sagte Fraktionschef Dietmar Bartsch am Dienstag in Berlin:

"Es gibt aber nicht einen Panzer der NATO in der Ukraine und auch kaum schwere Waffen." Der diesbezügliche "Wettlauf schneller, höher, weiter" sei auch falsch. Dieser helfe niemanden, mahnte der Linken-Politiker. Stattdessen hoffe er, "dass es einen Waffenstillstand gibt, bevor der erste NATO-Panzer in der Ukraine ist." Es werde zu viel über Waffenlieferungen und gleichzeitig zu wenig über diplomatische Lösungsansätze gesprochen, beklagte Bartsch:

"Denn die Gefahr einer Eskalation des Krieges bis hin zu einem Weltkrieg, die ist eben nicht von der Hand zu weisen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267f7cfb480cc57e41286a3.jpg>

16:30 de.rt.com: **CSU-Politiker Dobrindt: Schröder ist russischer Söldner – Nachdenken über Abhängen von seinem Porträt im Kanzleramt**

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hat wegen der jüngsten Äußerungen von Ex-SPD-Kanzler Gerhard Schröder in einem Interview mit der New York Times ins Gespräch gebracht, dessen Porträt im Kanzleramt abzuhängen. So sagte er am Dienstag in Berlin:

"Gerhard Schröder ist kein deutscher Interessenvertreter, sondern er ist ein russischer Söldner."

Er sprach im Zusammenhang mit Schröders Einschätzungen der russischen Invasion in der Ukraine von einer unerträglich gewordenen "perversen Geschichtsverfälschung" durch Schröder. Er forderte:

"Man sollte darüber nachdenken, ob nicht sein Porträt im Kanzleramt abgehängt werden soll."

Dobrindt ergänzte: "Ich glaube nicht, dass es würdig ist, dass neben erfolgreichen Kanzlern der Bundesrepublik und der Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, so wie er sich aktuell der Weltöffentlichkeit zeigt, noch präsentiert werden kann."

Der Alt-Kanzler wird seit Wochen unter anderem auch dafür kritisiert, dass er weiterhin Posten bei russischen Energieunternehmen inne hat.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267f5d5b480cc6c562e3fb4.jpg>

16:40 de.rt.com: **Habeck: In wenigen Tagen unabhängig von russischem Öl**

Deutschland wird nach den Worten von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) bereits in den kommenden Tagen die Unabhängigkeit von Ölimporten aus Russland erreichen. "Heute kann ich sagen, dass ein Embargo handhabbar für Deutschland geworden ist", sagte der Grünen-Politiker am Dienstag nach einem Treffen mit seiner polnischen Amtskollegin Anna Moskwa in Warschau.

Der Anteil russischen Öls liege Habeck zufolge nur noch bei knapp zwölf Prozent. Dieser Anteil falle allerdings allein auf die Lieferungen für die PCK Raffinerie in Schwedt an der Oder. Diese sei bereits auf der Suche nach einer Alternative. "Diese Alternative ist Aufgabe der nächsten Tage", erklärte der Bundeswirtschaftsminister und merkte an, dass er davon ausgehe, dass eine Lösungsfindung tatsächlich nur noch wenige Tage benötigen würde. Wie es im Vorfeld des Treffens bereits hieß, könne dem polnischen Hafen in Danzig hierbei künftig eventuell die Rolle zukommen, die Versorgung von Schwedt per Schiff sicherzustellen. Die in der deutschen Kleinstadt Schwedt gelegene PCK-Raffinerie bezieht ihr Öl derzeit noch über eine vom russischen Konzern Rosneft kontrollierte Pipeline aus Russland.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267fd4948fbef7603197bc2.jpg>

17:41 (16:41) novorosinform.org: **Sacharowa räumte die Möglichkeit von Angriffen auf militärische Ziele auf NATO-Territorium ein**

Die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums kommentierte die skandalöse Aussage des stellvertretenden Verteidigungsministers Großbritanniens.

Der Logik der britischen Behörden folgend könne Russland militärische Infrastruktur auf dem Territorium der NATO-Staaten angreifen. Dies erklärte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa.

Damit kommentierte sie die Worte des stellvertretenden britischen Verteidigungsministers Huppel, der sagte, dass die Ukraine das gesetzliche Recht habe, militärische Einrichtungen in Russland anzugreifen, um die Logistik der russischen Streitkräfte zu stören.

„Verstehen wir richtig, dass Russland zum Zwecke der ‚Störung der Logistik von Militärgütern‘ militärische Ziele auf dem Territorium der NATO-Staaten angreifen kann, die Waffen an das Kiewer Regime liefern?“, schrieb Sacharowa in ihrem Telegram-Kanal.

Sie erinnerte daran, dass Waffenlieferungen aus NATO-Staaten in direktem Zusammenhang mit Toten und Blutvergießen auf dem Territorium der Ukraine stehen und Großbritannien eines dieser Länder ist.



https://novorosinform.org/content/images/35/58/43558_720x405.jpg

17:00 de.rt.com: **Polen lehnt Zahlungen für russisches Gas in Rubel ab**

Polen will für Energieimporte aus Russland nicht in russischer Währung zahlen.

Medienberichten zufolge habe der Vertreter für strategische Energieinfrastruktur der polnischen Regierung, Piotr Naimski, am Dienstag erklärt, dass Warschau nicht den Forderungen Moskaus nachkommen werde, die Gas-Lieferungen in Rubel zu begleichen. "Alle Chancen und Risiken werden in Betracht gezogen. Wir sind darauf vorbereitet." Man sei auf die Maßnahmen der russischen Seite vorbereitet, so Naimski weiter. "Wir sind jederzeit in der Lage, Gaslieferungen zu unterbinden, wenn dies notwendig ist und eine entsprechende Entscheidung getroffen wird", ergänzte er. Polen hatte zuletzt "harte Sanktionen" gegen Moskau gefordert, "viel härter als die, die bereits verhängt wurden". In der Zwischenzeit ist Brüssel von seinem ablehnenden Standpunkt abgerückt und hatte am Freitag erklärt, dass EU-Unternehmen die Forderung Russlands, Zahlungen für Gas-Lieferungen in Rubel zu erhalten, umgehen können, ohne gegen die Sanktionen zu verstoßen. Demnach könnten sie in Euro oder Dollar zahlen, die dann in die russische Währung umgerechnet würden. Der Plan ist identisch mit dem, den die russische Regierung Anfang des Monats vorgeschlagen hatte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6267fcc148fbef7464540571.jpg>

17:02 de.rt.com: **Eishockey-Weltverband entzieht Russland WM 2023**

Der für den Sport zuständige Weltverband begründete seine Entscheidung, Russland die Durchführung der Weltmeisterschaft zu entziehen, mit dem Krieg in der Ukraine. Es gebe Bedenken über das Wohlergehen der Spieler und Sportverantwortlichen.

Die Internationale Eishockey-Föderation (IIHF) hat beschlossen, dass die Eishockey-Weltmeisterschaft im Jahr 2023 nicht wie geplant in Russland ausgetragen wird. Der Beschluss wurde auf einer Sitzung des obersten Gremiums der Föderation am Dienstag in Zürich gefällt, wie der Verband auf seiner Website mitteilte.

Ursprünglich war geplant, dass die Eishockey-Weltmeisterschaft vom 5. bis zum 21. Mai 2023 in Russland stattfindet.

Ein alternativer Gastgeber soll auf dem nächsten jährlichen IIHF-Kongress in Finnland gefunden werden.

Der Verband [erklärte](#):

„Die Entscheidung, die Veranstaltung zu verlegen, wurde in erster Linie aus Sorge um die Sicherheit und das Wohlbefinden aller teilnehmenden Spieler, Offiziellen, Medien und Fans getroffen. Wie schon bei der früheren Entscheidung des Rates, die IIHF Junioren-Weltmeisterschaft 2023 zu verlegen, die im russischen Omsk und Nowosibirsk veranstaltet werden sollte, äußerte der Rat erhebliche Bedenken hinsichtlich der sicheren

Bewegungsfreiheit von Spielern und Offiziellen nach, aus und in Russland.“



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62680b2cb480cc56ec5dfc70.jpg>

17:20 de.rt.com: **Berlin: Knapp 50.000 Ukraine-Flüchtlinge stehen kurz vor Erhalt eines Aufenthaltstitels**

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar wurden in Deutschland fast 382.000 Kriegsflüchtlinge aus dem osteuropäischen Land registriert. Viele der Geflüchteten zieht es in die deutschen Großstädte, da die Zukunftsaussichten dort besser seien. Dazu gehört auch Berlin, wo nach Angaben der Berliner Staatskanzlei mittlerweile rund 50.000 Kriegsflüchtlinge einen Aufenthaltstitel beantragt hätten. Das [teilte die Behörde](#) am Dienstag mit.

Zudem seien bislang etwa 8.000 Ukraine-Flüchtlinge, die im Ankunftszentrum in Tegel registriert wurden, nach Berlin verteilt worden. 58.000 Neuberliner seien somit gesichert, sagte Sozialsenatorin Katja Kipping (Die Linke) am Dienstag nach einer Senatssitzung in Berlin:

"Und es kommen jeden Tag neue hinzu."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62680366b480cc56bf2eb4b3.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 26. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Spezialisten haben Basistationen und optische Kabel in Mariupol und im „Forest Park“ im Bezirk Wolnowacha untersucht.

Mitarbeiter des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik der DVR haben im Bezirk Starobeschewo 52 Anträge auf Wiederaufnahme und Festsetzung von Zahlungen entgegengenommen.

Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR registrieren in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 218 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt. Ein Mensch wurde in medizinische Einrichtungen von Donezk eingewiesen. Auf der Liste für die Schwangerschaftsvorsorge stehen 53 Frauen.

Rettungskräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien 4 Hektar Gelände untersucht, 229 explosive Objekte wurden entdeckt. In Mariupol wurden 11.337 humanitäre Pakete ausgegeben.

Nach Makedenowka und Andrejewka wurden je 24 Flaschen Flüssiggas geliefert.

Nach Mariupol wurden 54 Tonnen Wasser geliefert und die Verteilung organisiert.

In den befreiten Gebieten wurden mehr als 3 Tonnen Brot produziert.

In Mariupol, Blagodatonje, Wladimirowka und Sartana wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:29 de.rt.com: **US-Magazin: Afghanische Flüchtlinge müssen in Deutschland Wohnungen für Ukrainer räumen**

Im Zuge der Flüchtlingsströme aus der Ukraine nach Deutschland wurden hunderte afghanische Flüchtlinge von der Regierung gedrängt, ihre Häuser zu räumen. Damit soll Platz für Ukrainer geschaffen werden.

Es klopfte an der Tür, als Parwana Amiri (Name geändert) mit ihrem Mann und zwei kleinen Töchtern frühstückte. Ein unerwarteter Besucher – ein Sozialarbeiter – stand draußen, und brachte noch unerwartetere Neuigkeiten: Die Familie müsse ihre Wohnung für neu ankommende Flüchtlinge aus der Ukraine räumen, teilte er mit. Keine Fragen, keine Verhandlungen, nur "innerhalb von 24 Stunden raus", wurde ihnen gesagt. Amiri ist Geflüchtete aus Afghanistan. Sie kam Ende Januar in Berlin an. Nach ihrer Darstellung gelang ihr die Flucht vor den Taliban mithilfe der deutschen Behörden, nachdem sie mutmaßlich Drohungen vonseiten der neuen Regierung in Kabul erhalten hatte.

Das US-Magazin [Foreign Policy](#) berichtet, dass im Zuge der Flüchtlingsströme aus der Ukraine nach Deutschland Hunderte von Afghanen im ganzen Land dazu gedrängt wurden, ihre Häuser zu räumen. Damit sollte Platz für neu angekommene Flüchtlinge aus der Ukraine geschaffen werden.

"Die Räumungen wurden bewusst nicht öffentlich gemacht. Einige Menschen lebten jahrelang in ihren Häusern und wurden dann aus ihren sozialen Strukturen gerissen. Darunter auch Kinder, die weit entfernt von ihren jeweiligen Schulen untergebracht wurden", sagte Tareq Alaows, Vorstandsmitglied des Berliner Flüchtlingsrates. Der Rat ist ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen, der dabei hilft, die Bedingungen für Flüchtlinge in der deutschen Hauptstadt zu verbessern.

Alaows sagte, die Regierung habe die Zwangsräumungen damit gerechtfertigt, dass Afghanen aus sogenannten Ankunftscentren geräumt würden, wo sie ohnehin nur kurzfristig bleiben sollten. Aber einige Familien wohnten dort seit Jahren, während andere Familien in anderen Unterkünften als den "Ankunftscentren" lebten.

"Natürlich sind die Ukrainer nicht schuld, aber wir müssen unsere Solidarität demonstrieren", wenn Zwangsräumungen nur gegen bestimmte Menschen gerichtet seien. Die letzten Monate hätten gezeigt, dass auch in Deutschland ein anderer Umgang mit Flüchtlingen vorstellbar sei, sagte Alaows.

Der Ukraine-Krieg enthüllt die Doppelmoral des Westens. Das Töten und die Flucht von Menschen in der Ukraine einerseits, und in Konflikten wie in Jemen, Syrien oder Palästina andererseits, werden mit zweierlei Maß gemessen. Der Krieg in der Ukraine hat im Nahen Osten unlängst eine Debatte über diese Doppelmoral des Westens ausgelöst. Insbesondere im arabischen Raum ist die Empörung darüber groß, wie unterschiedlich in der Europäischen Union Geflüchtete behandelt werden – solche aus der Ukraine nämlich bedeutend besser als zum Beispiel arabische Geflüchtete aus Syrien oder Irak.

Amiri und ihre Familie sind seit der Räumung ihrer Wohnung im März bereits zweimal umgezogen und leben nun in einem ehemaligen Hotel am nördlichen Stadtrand Berlins in Reinickendorf, das zu einer Notunterkunft für Obdachlose umfunktioniert wurde. Seit Beginn der großangelegten russischen Militäroperation in der Ukraine hat Deutschland mindestens 316.000 Ukrainer auf der Flucht vor dem Krieg registriert. Berlin ist für viele ein erster Ankunftsort und hat bisher 60.000 Neuankömmlinge erfasst.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267cb0748fbef79fc401e0e.jpg>

18:39 (17:39) [novorosinform.org](#): **Das russische Verteidigungsministerium hat erklärt, dass Großbritannien es nicht daran hindern wird, Vergeltungsmaßnahmen gegen Kiew zu ergreifen**

Das russische Verteidigungsministerium hat nach den Äußerungen des britischen Ministers über die Angriffe auf russisches Hoheitsgebiet eine verhältnismäßige Reaktion angekündigt.

Das russische Verteidigungsministerium warnte davor, das Kiewer Regime zu solchen Maßnahmen zu provozieren. Falls es versuchen sollte, diese umzusetzen, würde das eine sofortige Reaktion Moskaus nach sich ziehen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die russischen Streitkräfte ständig bereit seien, mit Langstrecken-Präzisionswaffen die Entscheidungszentren in Kiew anzugreifen.

Das Verteidigungsministerium betonte, dass auch Berater aus einem westlichen Land, die sich in Kiew aufhielten, nicht in der Lage seien, die Entscheidung Russlands über Vergeltungsmaßnahmen zu beeinflussen.



https://novorosinform.org/content/images/35/61/43561_720x405.jpg

17:40 de.rt.com: **Finnischer Außenminister: Noch kein genaues Datum für NATO-Beschluss**

Dass Finnland und Schweden zeitgleich eine mögliche NATO-Mitgliedschaft beantragen, sei laut finnischen Regierungsangaben noch lange keine abgemachte Sache. Es wäre zwar von Vorteil, wenn die beiden nordischen Länder den Aufnahmeprozess gleichzeitig durchlaufen würden, sagte Außenminister Pekka Haavisto am Dienstag vor finnischen Parlamentsreportern in Helsinki. Doch die Staaten trafen in dieser Angelegenheit noch immer ihre eigenen Entscheidungen. Ein genaues Datum für einen finnischen Beschluss gebe es nicht.

Berichte zweier Boulevardzeitungen, wonach sich Finnland und Schweden darauf vorbereiteten, Mitte Mai gleichzeitig NATO-Anträge zu stellen, bestätigte Haavisto somit nicht.

Finnland und Schweden sind jeweils enge NATO-Partner, aber keine offiziellen Mitglieder des Bündnisses. In beiden Ländern wird in den vergangenen Wochen jedoch intensiv über einen möglichen Beitritt zur transatlantischen Militärallianz debattiert. Grund sei demnach die russische Invasion in der Ukraine.

Die finnische Regierung hatte dem Parlament vor knapp zwei Wochen eine Analyse vorgelegt, die unter anderem Vorteile und Risiken einer NATO-Mitgliedschaft aufzeigt. In Schweden war die Veröffentlichung eines ähnlichen Berichts zunächst bis Ende Mai geplant gewesen, sie wird nun aber auf den 13. Mai vorverlegt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626800e6b480cc56ec5dfc5f.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: Ukraine-Krieg: Guterres fordert Waffenruhe

UN-Generalsekretär António Guterres hat im Zuge seines Treffens mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow eine rasche Waffenruhe sowie ein Ende des Krieges in der Ukraine gefordert. Er sei bereit, alles zu tun, um den Krieg und das Leiden der Menschen zu beenden, erklärte er am Dienstag in Moskau. Obwohl die Lage in der Ukraine komplex sei und es "unterschiedliche Interpretationen dessen, was dort geschieht", gebe, so der UN-Generalsekretär weiter, sei ein Dialog immer noch möglich.

Die Vereinten Nationen seien "äußerst daran interessiert, Wege zu finden, um die Bedingungen für einen effektiven Dialog, für einen möglichst baldigen Waffenstillstand und für eine friedliche Lösung zu schaffen", sagte Guterres.

Schon jetzt habe der Krieg weltweite Auswirkungen. Unter anderem auf die Preise bei Lebensmitteln und Energie, erklärte der UN-Generalsekretär. Deshalb sei es jetzt nötig, eine Waffenruhe zu erreichen, um die Bedingungen für eine friedliche Lösung des Konflikts zu finden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626807de48fbef746454057f.jpg>

18:30 de.rt.com: USA zu Panzerlieferungen Deutschlands an die Ukraine: "Ein toller Freund und Verbündeter"

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat die Entscheidung der Bundesregierung, der Ukraine zur Unterstützung Flugabwehrpanzer vom Typ "Gepard" zur Verfügung zu stellen, ausdrücklich begrüßt. Deutschland sei "ein toller Freund und Verbündeter" der USA, sagte Austin nach dem Ukraine-Gipfel in Ramstein.

Die Überlassung der 50 Panzer sei ein "bedeutender" Schritt, welcher der Ukraine wichtige zusätzliche Fähigkeiten bringe, so der Minister. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten stünden zusammen, um die Ukraine angesichts des Krieges zu unterstützen, betonte der US-Verteidigungsminister weiter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626815c8b480cc1f2445f225.jpg>

19:19 (18:19) novorosinform.org: **Russland stoppt Gaslieferungen an Polen – Medien**

Das Gasventil wurde geschlossen, nachdem Warschau seine Weigerung erklärt hatte, Gas in Rubel zu bezahlen.

Russland hat die Gaslieferungen nach Polen im Rahmen des Jamal-Vertrags ausgesetzt. Dies berichtete die polnische Ausgabe von Onet unter Berufung auf Quellen in der polnischen Regierung.

Wie der Telegram-Kanal Readovka feststellt, wurde die Entscheidung getroffen, die Gaslieferungen nach Polen einzustellen, nachdem Warschau sich geweigert hatte, Gas in Rubel zu bezahlen. Dies wurde zuvor vom Beauftragten der polnischen Regierung für strategische Energieinfrastruktur, Piotr Naimsky, erklärt.

„Wir werden nicht zahlen“, antwortete er auf die Frage von Journalisten.

Nach der Einstellung der russischen Gaslieferungen wurde eilig ein Krisenstab in der polnischen Regierung einberufen, um weitere Entscheidungen zu treffen.



https://novorosinform.org/content/images/35/62/43562_720x405.jpg

18:35 de.rt.com: **Medienbericht: USA und Großbritannien sagen Schweden noch vor NATO-Beitritt Schutz zu**

Laut einem Bericht der schwedischen Zeitung "Aftonbladet" kann die NATO Schweden zwar noch keine formellen Sicherheitsgarantien geben, dennoch wollen die USA und das Großbritannien offenbar ihren Schutz anbieten, sollte Schweden den Beitritt beantragen. Die USA und das Vereinigte Königreich haben Schweden "konkrete Zusagen" für militärischen Schutz in der Zeit zwischen dem Antrag auf Beitritt zur NATO und der offiziellen Aufnahme in das Bündnis gemacht, berichtete die schwedische Zeitung Aftonbladet am Montag. Obwohl Schweden seit dem 19. Jahrhundert neutral ist, bereitet es sich Berichten zufolge darauf vor, seine Politik der Blockfreiheit aufzugeben und dem von den USA geführten Militärbündnis noch in diesem Jahr beizutreten.

Sommer einen Antrag auf Beitritt zum NATO-Bündnis zu stellen. Ministerpräsidentin Magdalena Andersson hatte Anfang dieses Monats erklärt, dass sich die "Sicherheitslandschaft in Europa nach Russlands Militäroffensive in der Ukraine völlig verändert" habe und dass Schweden seine Neutralität als Reaktion darauf neu bewerten werde.

Sollte Schweden einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen, haben Großbritannien und die USA offenbar zugesagt, zwischen Antragstellung und Mitgliedschaft militärischen Schutz zu gewähren, woraufhin die Klausel des Bündnisses zur gegenseitigen Verteidigung in Kraft treten würde, berichtete Aftonbladet unter Berufung auf mehrere Regierungsquellen.

Warnungen aus Russland

Eine Quelle zufolge sei es NATO-Mitgliedern zwar untersagt, Nichtmitgliedern formelle Schutzgarantien zu geben, doch sie seien in der Lage, informelle Maßnahmen zu ergreifen, wie die Stationierung von Truppen in Schweden, die Ausrichtung von Militärübungen und das Angebot politischer Unterstützung".

"In der Praxis wird Schweden bereits kurz nach der Interessensbekundung als vollwertiges NATO-Mitglied behandelt", so die Zeitung weiter, die auch behauptet, dass Großbritannien ausdrücklich angeboten habe, seine Marinepräsenz in schwedischen Gewässern während des Beitrittsprozesses zu erhöhen.

Russland hat davor gewarnt, dass die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die NATO "militärische und politische Konsequenzen" hätte und die Stabilität in Europa gefährden würde. Dmitri Medwedew, der ehemalige russische Präsident und derzeitige stellvertretende Vorsitzende des russischen Nationalen Sicherheitsrates, sagte Anfang dieses Monats, dass Russland als Reaktion darauf seine Streitkräfte in der Region verstärken müsse, und deutete an, dass der baltische Raum nicht "atomwaffenfrei" bleiben würde, wenn die nordischen Staaten der NATO beitreten.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 26.4.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten, 4 wurden verletzt**. 26 Wohnhäuser und 3 Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 39 ukrainische Nationalisten, 9 Feuerpunkte, ein 122mm-Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“, einen Schützenpanzer und einen Schützenpanzerwagen vernichtet. Ein Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden drei Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 22 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 5. März 2022 führte Gardeoberleutnant Anatolij Gennadijewitsch Mursin Personal an und drang beim Sturm des Stadtteils „Sewernyj“ in Wolnowacha als einer der ersten unter stürmischem Feuer des Gegners auf dem an der Spitze fahrenden Schützenpanzerwagen in den Stadtteil „Sewernyj“ ein. Er nahm eine günstige Position ein und zog durch ununterbrochenes Feuer mit seiner Schusswaffe die Aufmerksamkeit auf sich und deckte so seine Kameraden, wodurch es der Einheit gelang, ein Umgehungsmanöver durchzuführen und sich planmäßig an der Verteidigungslinie festzusetzen. Im weiteren Verlauf der Offensive wurde er tödlich verletzt. Er wurde postum mit der „Medaille für Kühnheit“ ausgezeichnet.

18:58 de.rt.com: **Putin: Ausländische Unternehmen sollen in Russland "in Ruhe arbeiten können"**

Trotz westlicher Sanktionen kann die russische Wirtschaft stabil funktionieren, so der russische Präsident. Die Rechte der Unternehmen seien zu respektieren und in vollem Umfang zu unterstützen. Dies gelte auch für westliche Firmen, die in Russland geblieben seien.

Russland steht unter einem beispiellosen Sanktionsdruck, der sich weiter verschärft. Darauf wies der russische Präsident Wladimir Putin am Montag hin und betonte, dass die Wirtschaft des Landes trotz der herrschenden Bedingungen die Möglichkeit habe, stabil und reibungslos zu funktionieren. Er hat versprochen, die Unternehmen so weit wie möglich zu unterstützen, einschließlich der ausländischen Firmen, die in Russland geblieben sind.

Dazu sei es notwendig, die Rechte der Unternehmer zu respektieren und sie in vollem Umfang zu unterstützen, unter anderem durch eine Verringerung des Verwaltungsaufwands. Ausländische Unternehmen, die trotz des Sanktionsdrucks in Russland geblieben sind, sollten die Möglichkeit haben, "in Ruhe zu arbeiten", fügte er hinzu.

Zuvor hatte der russische Präsident die Regierung angewiesen, zusätzliche Mittel zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bereitzustellen und bessere

Wachstumsbedingungen für neue Industrien zu schaffen, die auf neuen und noch zu entwickelnden Lieferketten basieren. Putin sagte auch, er glaube, dass die Sanktionen dazu führen werden, dass neue Marktführer auf dem russischen Markt entstehen. Hunderte westlicher Unternehmen haben ihre Aktivitäten und Investitionen in Russland eingestellt, nachdem die USA und ihre Verbündeten Sanktionen gegen das Land verhängt haben. Mehrere Länder haben auch russische Auslandsguthaben eingefroren, ebenso wie die Vermögenswerte von Unternehmen und hochrangigen Persönlichkeiten aus Russland. Putin erklärte jedoch, dass es keine Pläne gebe, als Reaktion darauf ausländische Vermögenswerte in Russland zu verstaatlichen:

"Anders als westliche Länder werden wir die Eigentumsrechte respektieren."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267b082b480cc79dc1b0389.jpg>

19:05 de.rt.com: **Lawrow: Westliche Waffenlieferungen stehen diplomatischer Lösung im Weg**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat bei seinem Treffen mit UN-Generalsekretär António Guterres am Dienstag vor weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine gewarnt.

"Wenn das so weitergeht, werden die Verhandlungen wohl kaum ein Ergebnis bringen", sagte Lawrow nach den Gesprächen in Moskau.

Russland habe schließlich noch Truppen in der Ukraine, und diese würden die vom Westen gelieferten Waffen nach wie vor als Ziel ansehen, erklärte der russische Außenminister. Zwar sei Moskau weiterhin bereit zu Verhandlungen für ein Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine. Allerdings sehe er diesbezüglich kein echtes Interesse in Kiew, fügte Lawrow hinzu. Er kritisierte mit Blick auf die USA, dass es im Westen nun lediglich darum gehe, Russland zu besiegen. Die Ukraine und der Westen hätten bereits in den vergangenen acht Jahren keinerlei Interesse an einer Lösung des Konfliktes gezeigt, so der russische Top-Diplomat.

20:21 (19:21) novorosinform.org: **Die Fliegerkräfte der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben an einem Tag 33 Objekte der Streitkräfte der Ukraine getroffen**

Insbesondere wurden 23 Konzentrationsgebiete von Personal und militärischer Ausrüstung des Feindes getroffen, erklärte das russische Verteidigungsministerium.

Infolge der Angriffe der operativ-taktischen und militärischen Luftfahrt der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte auf Objekte der Streitkräfte der Ukraine wurden etwa zweihundert ukrainische Militante und mehr als 40 Einheiten gepanzerter Fahrzeuge, Artilleriegeschütze und Fahrzeuge zerstört. Das teilte der Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow mit, berichtet TASS.

Es wird darauf hingewiesen, dass das russische Militär auch vier ukrainische Waffendepots in der Gegend von Slawjansk und Druschkowka mit hochpräzisen Raketen getroffen habe.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum das Luftverteidigungssystem Buk-M1 in der

Region Slawjansk und drei Munitionsdepots in den Siedlungen Wolnoje Pole und Tscherwonnoje zerstört.

Zuvor hatte das Verteidigungsministerium berichtet, dass das russische Militär die Kontrolle über eine Reparaturbasis in einer der Städte der Ukraine übernommen habe, wo sich etwa hundert militärische Ausrüstungsgegenstände befanden.



https://novorosinform.org/content/images/35/67/43567_720x405.jpg

20:45 (19:45) novorosinform.org: **Putin forderte ukrainische Militante auf, Zivilisten aus „Asowstal“ freizulassen**

Der Präsident Russlands bezeichnete die Situation in Mariupol als tragisch und schwierig. Das Asowstal-Werk in Mariupol sei vollständig isoliert, aber es gebe keine Militäroperationen darin. Dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit UN-Generalsekretär António Guterres, berichtet TASS.

Der russische Präsident stellte fest, dass die ukrainischen Militärs sie freilassen müsse, wenn sich Zivilisten in der Anlage befinden, da sie sich sonst wie Terroristen verhielten. Putin erinnerte daran, dass die humanitären Korridore von Mariupol in Betrieb sind und bis zu 140.000 Menschen bereits durch sie gegangen sind.

Er betonte auch, dass die Lage in Mariupol schwierig sei, obwohl die Feindseligkeiten dort eingestellt seien. Putin sagte Guterres, dass sich bereits mehr als 1.300 ukrainische Soldaten in der Stadt ergeben hätten.



https://novorosinform.org/content/images/35/69/43569_720x405.jpg